



## Industrieforum

Das Ziel muss lauten: sichere und leistbare Energie

## Industriepolitik

Die Holzindustrie ist beständig, wirkt regional und agiert international

## Industriekonjunktur aktuell

Die Konjunkturaussichten trüben sich ein, der Weitblick bleibt

### **Bundessparte Industrie (BSI)**

Die Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich vertritt mit ihren Fachverbänden die Interessen von mehr als 5.000 Mitgliedsunternehmen. In der österreichischen Industrie sind mehr als 440.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Die Industrieunternehmen Österreichs sind mit einer Exportquote von 66 Prozent stark international vernetzt. Die Bundessparte Industrie ist nicht nur für eine aktive Mitgestaltung der österreichischen Industriepolitik zuständig, sondern auch für die Koordination und die inhaltliche Artikulierung aller industrierelevanten Interessen vor allem in der Kollektivvertragspolitik, im Umwelt- und Energiebereich, in der Forschungs- und Technologiepolitik sowie in der Infrastrukturentwicklung.

### **Industriewissenschaftliches Institut (IWI)**

Das Industriewissenschaftliche Institut (IWI) setzt einen markanten industrieökonomischen Forschungsschwerpunkt in Österreichs Institutslandschaft. Seit 1986 steht das Institut für die qualitativ anspruchsvolle Verschränkung zwischen Theorie und Praxis.

Das intensive Zusammenspiel unterschiedlicher Forschungsbereiche dient dazu, Produktionsstrukturen systemorientiert zu analysieren und darauf aufbauend zukunftsweisende wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln. Besondere Schwerpunkte finden sich in der Analyse langfristiger makroökonomischer Entwicklungstendenzen sowie in der Untersuchung industrieller Netzwerke (Clusteranalysen).

### **Industriellenvereinigung (IV)**

Die Industriellenvereinigung (IV) ist die freiwillige und unabhängige Interessenvertretung der österreichischen Industrie und der mit ihr verbundenen Sektoren. Seit 1946 nimmt die IV an allen Gesetzgebungsprozessen als anerkannter Partner der Politik teil. Eine Bundesorganisation, neun Landesgruppen und das Brüsseler IV-Büro vertreten die Anliegen ihrer aktuell mehr als 4.400 Mitglieder aus produzierendem Bereich, Kredit- und Versicherungswirtschaft, Infrastruktur und industrienaher Dienstleistung – in Österreich und Europa. Die IV-Mitglieder repräsentieren mehr als 80 Prozent der heimischen Produktionsunternehmen. Ihr Anspruch an der Schnittstelle zwischen Unternehmen und Politik ist es, mit innovativen Konzepten und Expertise Österreichs Gesellschaft zukunftsfit zu gestalten.



#### **Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich**

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien  
Telefon: 05 90 900-3460  
Telefax: 05 90 900-113417  
Internet: [wko.at/industrie](http://wko.at/industrie),  
E-Mail: [bsi@wko.at](mailto:bsi@wko.at)

#### **Bundespräsidium**

Obmann Mag. Sigi MENZ, Ottakringer Getränke AG  
Stellvertreter Vorstandsvorsitzender KommR DI  
Dr. Clemens MALINA-ALTZINGER, Reform-Werke  
Bauer & Co. Ges.m.b.H.  
Stellvertreter GF Thomas SALZER,  
Salzer Papier GmbH  
kooptiert gem. § 63 (2) WKG:  
COO Günter DÖRFLINGER, MBA, Christof  
Industries Global GmbH  
CEO Mag. Christian KNILL, Knill Energy  
Holding GmbH  
GD KommR Ing. Wolfgang HESOUN, Siemens AG  
Österreich

#### **Geschäftsführer**

Mag. Andreas MÖRK

#### **Industriewissenschaftliches Institut**

Mittersteig 10/4, 1050 Wien  
Telefon: +43 1 513 44 11-0  
Telefax: + 43 1 513 44 11-2099  
Internet: [www.iwi.ac.at](http://www.iwi.ac.at),  
E-Mail: [office@iwi.ac.at](mailto:office@iwi.ac.at)

#### **Vorstand**

Vorsitzender Hon.Prof. Dr. Wilfried STADLER,  
Wirtschaftsuniversität Wien, Vorstandsvorsitzender des IWI  
Mag. Markus BEYRER, Business Europe  
Dr. Wolfgang DAMIANISCH, Kassier des IWI  
Mag. Christian DOMANY, Unternehmensberater  
GF Mag. Andreas MÖRK, Bundessparte Industrie  
der Wirtschaftskammer Österreich  
Dr. Erhard FÜRST,

Gen.-Schr. Karlheinz KOPF, Wirtschaftskammer  
Österreich, stv. Vorstandsvorsitzender des IWI  
Gen.-Schr. Mag. Christoph NEUMAYER  
Industriellenvereinigung, stv. Vorstandsvorsitzender des IW

Vorst.dir. DI Dr. Manfred MATZINGER-LEOPOLD,  
Münze Österreich

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. SCHNEIDER,  
Industriewissenschaftliches Institut

#### **Kuratorium**

Vorsitzender Hon.Konsul KommR Veit  
Schmid-Schmidfelden, Rupert Fertinger GmbH

#### **Geschäftsführer**

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

#### **Wissenschaftlicher Leiter**

Univ. Prof. DI Dr. Mikuláš Luptáčik

#### **Industriellenvereinigung**

Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Österreich  
Telefon: +43 1 71135 - 0  
Internet: [www.iv.at](http://www.iv.at), [www.facebook.com/industriellenvereinigung](https://www.facebook.com/industriellenvereinigung),  
[www.twitter.com/iv\\_news](https://www.twitter.com/iv_news)  
E-Mail: [office@iv.at](mailto:office@iv.at)

#### **Präsidium**

Präsident Georg KNILL, Knill Gruppe  
Vize-Präsidentin Dipl.-Ing. Dr. Sabine  
HERLITSCKA MBA, Vorstandsvorsitzende  
Infineon Technologies Austria AG  
Vize-Präsident Philipp VON LATTORFF,  
Geschäftsführer Boehringer Ingelheim  
RCV GmbH & Co KG Regional Center Vienna  
Vize-Präsident Dipl.-Ing. F. Peter MITTERBAUER,  
Vorstandsvorsitzender MIBA AG

#### **Geschäftsführung**

Generalsekretär Mag. Christoph NEUMAYR  
Vize-Generalsekretär Ing. Mag. Peter KOREN  
Vize-Generalsekretärin Dr. Claudia MISCHENSKY



**editorial**

Georg Knill  
Entlastung mit Plan

**forum**

Das Ziel muss lauten: sichere und leistbare Energie

Stimmen aus den Unternehmen 10

Interview:  
„Österreich muss sich weiterhin gegen ein Gasembargo aussprechen.“  
Harald Mahrer, Präsident der WKO 16

**politik**

Großwärmespeicher – zentraler Baustein zukünftiger Wärmeversorgungssysteme 20

Kommentar:  
Nur Unternehmen, die resilient sind, haben eine Zukunft  
Gerhard Fehr, Verhaltensökonom und CEO von FehrAdvice & Partners 22

Serie: Die Holzindustrie ist beständig, wirkt regional und agiert international 24

Interview:  
„Mit einer „Zeitenwende für Holz“ können wir uns von Russland unabhängig machen.“  
Mag. Herbert Jöbstl, Obman Fachverband Holzindustrie 28

**konjunktur**

Kommentar zur internationalen Konjunkturentwicklung  
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider 30

Die Konjunkturaussichten trüben sich ein, der Weitblick bleibt  
Mag. Andreas Mörk 32

**konjunktur nach branchen**

Branchenübersicht	34
Gesamtindustrie	35
Bergwerke und Stahl	35
Stein- und keramische Industrie	36
Glasindustrie	36
Chemische Industrie	37
Papierindustrie	37
PROPAK – Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton	38
Bauindustrie	38
Holzindustrie	39
Lebensmittelindustrie	39
Textil-, Bekleidungs-, Schuh & Lederindustrie	40
NE-Metallindustrie	40
Metalltechnische Industrie	41
Fahrzeugindustrie	41
Elektro- und Elektronikindustrie	42
Offenlegung, Impressum	42

# inhalt



Georg Knill,  
Präsident der  
Industriellenvereinigung

## Entlastung mit Plan

**Wir erleben aktuell eine echte ökonomische Zeitenwende. Die Teuerung hat mit bisher acht Prozent einen absoluten Rekordwert erreicht – das ist der höchste Wert seit September 1975. Menschen und Betriebe müssen dringend entlastet werden.**

Autor: Georg Knill

**U**nd das nicht mit der politischen Gießkanne und dem Verteilen von diversen „Hundertern“, sondern mit strategisch abgestimmten, fundierten Maßnahmen, die Betriebe und Menschen entlasten sowie die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts erhöhen. Aus Sicht der Industriellenvereinigung muss Entlastung mit Plan nachfolgende fünf Punkte umfassen.

### **Kalte Progression dauerhaft abschaffen**

Jedes Mal, wenn Unternehmen eine Lohnerhöhung auszahlen, nascht der Staat bei gleichbleibenden Tarifstufen überproportional mit. Die aktuelle kal-

te Progression trifft alle Einkommensempfänger gleichermaßen. Die Abschaffung der kalten Progression darf daher keine Umverteilung bedeuten, sondern muss für alle im gleichen Ausmaß erfolgen. Das obere Fünftel der Einkommensempfänger (Bruttoeinkommen von 3.400 Euro) zahlt zudem bereits jetzt 77 Prozent des Lohn- und Einkommensteueraufkommens. Für die Abschaffung der kalten Progression gibt es unterschiedliche Modelle, wobei das sogenannte „Richtwertmodell“ zu präferieren ist. Als vergleichsweise günstigstes Modell lässt es dem Gesetzgeber den meisten Spielraum – und ermöglicht damit auch Entlastungen der Unternehmen. Nach unseren Berech-

nungen ist damit für eine durchschnittliche Familie eine Entlastung von rund 800.- Euro für das heurige Jahr möglich. Die Entlastung würde sich dann im darauffolgenden Jahr verdoppeln – und somit substantielle Wirkung zeigen.

### Kaufkraft wirksam stärken

Ein zweiter wichtiger Hebel zur Entlastung der Menschen ist die gezielte Stärkung der Kaufkraft. Dies hat bereits bei den Corona-Prämien 2020 und 2021 gut funktioniert. Die geeignete Maßnahme dafür ist die Einführung einer steuerfreien Mitarbeiterprämie. Damit lassen sich Angestellte treffsicher entlasten und die Preisstabilität spürbar erhöhen. Die Prämie soll etwa in der Höhe von 3.000 Euro eingeführt werden und sozialversicherungs- und steuerfrei sein.

### Strompreis für Unternehmen kompensieren

Die Steigerung der Energiekosten ist für die energieintensive Industrie existenzbedrohend. Bereits 14 Staaten in der EU, darunter unser Nachbar Deutschland, unterstützen ihre Betriebe mit einer zielgerichteten Strompreiskompensation. Österreich hat bisher nicht gehandelt und damit für unsere Betriebe einen echten Wettbewerbs- und Standortnachteil geschaffen. Notwendig ist nun eine gezielte Unterstützung für energieintensive Unternehmen im Ausmaß von 200 Millionen Euro. Durch diese – beihilfenrechtlich rechtskonforme – Unterstützungsmaßnahme werden indirekte CO<sub>2</sub>-Kosten der stromintensiven Industrie ersetzt, womit die Unternehmen wirksam und treffsicher entlastet werden.

### Wertpapiere von der Kapitalertragssteuer befreien

Die bereits diskutierte Befreiung von Wertpapieren von der Kapitalertragssteuer (KESt) bei gleichzeitiger Wiedereinführung einer Behaltfrist soll rasch realisiert werden. Dies würde das Interesse von jungen Menschen an Aktien, Wertpapieren oder Anleihen für individuellen Vermögensaufbau und

die private Altersvorsorge deutlich erhöhen – und wäre ein wirksames Programm gegen die Geldvernichtung durch die hohe Inflation. Die Regierung sollte bei diesem Thema auf die Meinung der österreichischen Bevölkerung hören: Zwei Drittel halten die Besteuerung von Gewinnen aus Wertpapieren, die der Alters- und Pensionsvorsorge dienen, für versteckten Pensionsraub. Dem ist aus wirtschaftlicher Sicht nichts hinzuzufügen.

### Arbeit nachhaltig entlasten

Entscheidend für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in Österreich – gerade in fordernden Zeiten – ist die Entlastung des Faktors Arbeit. Zur Senkung der Lohnnebenkosten gibt es keine Alternative. Denkbar sind dabei zwei Modelle: Keine unmittelbare Belastung des Bundesbudgets brächte eine Senkung des Unfallversicherungsbeitrags. Die Senkung des Dienstgeber-Beitrags zum Familienlastenausgleichsfonds hätte Auswirkungen auf das Budget, brächte aber ebenfalls einen deutlichen Entlastungseffekt. Letztlich entscheidend für unsere Betriebe ist, dass die Arbeitskosten sinken. Das wirkt gegen die Teuerung, erhöht die Wettbewerbsfähigkeit und stärkt die Beschäftigung im Land. Genau darum muss es jetzt uns allen gehen.

Wozu es hingegen auf keinen Fall kommen darf, sind neue Belastungen. Die (Vermögens-)Steuer-

**Entscheidend für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in Österreich ist die Entlastung des Faktors Arbeit.**

vorschläge der jüngeren Vergangenheit sind ebenso unverantwortlich wie Belastungen mit Verweis auf den Klimaschutz. Wir brauchen gerade jetzt Entlastung mit Plan – und sicherer Wirkung. ■



## Das Ziel muss lauten: sichere und leistbare Energie

Um die Energietransformation voranzutreiben und die gesetzten Klimaziele zu erreichen, braucht es einen klaren Plan und keine Verzögerungen mehr.



**D**ie letzten Wochen mit den steigenden Unsicherheiten und explodierenden Energiepreisen haben sehr eindringlich aufgezeigt, dass die nächsten Schritte zur Energiewende schnell gesetzt werden müssen. Der Krieg in der Ukraine hat Energie schlagartig zu einem geopolitischen Machtinstrument gemacht. Die Energiepolitik steht vor einer Zeitenwende – lan-

ge andauernde Abhängigkeiten müssen beendet werden und neue alternative Ansätze sind gefragt. Die Regierung muss endlich aktiv werden.

Nach einem Preisanstieg ab Herbst 2021 hat der Ukraine-Konflikt die Preise noch weiter nach oben getrieben. Die Versorgungssicherheit bei Kohle, Öl und Erdgas wurde erschüttert und hat den

Druck zusätzlich erhöht. Eine weitere Eskalation wäre im Falle eines Lieferembargos der EU oder eines Lieferstopps von russischer Seite zu erwarten. Dies hätte auf die Arbeitsplätze, den Wohlstand und die Versorgungssicherheit verheerende Folgen und würde dem Land und den Betrieben langfristig massiven Schaden zufügen.

### Schritt in die Zukunft

Es ist also höchste Zeit die Energiewende nicht nur anzukündigen, sondern endlich effiziente Schritte zu setzen. Die Unternehmen der Industrie unterstützen die Klimaziele der Regierung und sind mit ihren Innovationen und aktiven Einsparungen bei der Produktion bereits auf bestem Weg. Nirgendwo auf der Welt wird eine Tonne Zement mit weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen produziert wie hierzulande. Auch die heimische Eisen- und Stahlindustrie ist Benchmark in der Nachhaltigkeit. Die Zulieferindustrie hat sich bei Klimatechnologien ebenfalls stark aufgestellt. Um das zu erreichen haben Unternehmen tief in die Tasche gegriffen, und gewaltige Investitionen getätigt. Doch die müssen sich am Ende des Tages auch auszahlen. Denn eines muss klar sein: Die heimischen Unternehmen müssen weiter international wettbewerbsfähig bleiben, darum muss die Energieversorgung zu konkurrenzfähigen Preisen gewährleistet werden. Berthold Kren, CEO von Lafarge bringt die Bedenken auf den Punkt: „Zement ist ein regionales Gut und wird für die Versorgung der lokalen Bauwirtschaft eingesetzt. Mittel- und langfristig erwarten wir einen Nachteil für den österreichischen Standort, wenn die regionale Elektrizitätsversorgung nicht rasch verbessert wird. Bereits jetzt sind eklatante Preisunterschiede mit Nachbarmärkten feststellbar und bei weiterer Verschlechterung der Lage wird das zu Verzerrungen am Markt führen. Es ist dringender

Handlungsbedarf gegeben, Netz- und Versorgungskapazitäten beim Strom auszubauen.“

Ein kurzfristiger Ausstieg aus Erdgas ist für die Industrie unmöglich, denn eine stabile und sichere Energieversorgung hat Vorrang. „Eine sichere



Die Glasherstellung ist eine energieintensive Industrie, auch wenn bereits viele Initiativen in Richtung Energiereduktion umgesetzt werden.

und leistbare Energieversorgung bildet das Fundament für den wirtschaftlichen Erfolg und sozialen Zusammenhalt – heute, morgen und in zehn Jahren. Dafür müssen jetzt die Weichen gestellt werden, die Politik muss ins Handeln kommen und die richtigen Rahmenbedingungen ermöglichen“, betont auch der Präsident der Industriellenvereinigung (IV), Georg Knill. Er fordert in dieser heiklen Situation Klarheit für die Unternehmen und aktives Krisenmanagement seitens des zuständigen Ministeriums für den Notfall ein, denn diese Situation wird uns noch länger begleiten. „Was passiert konkret im Fall des Falles? Welche Pläne und realistische Szenarien hat die Politik entwickelt, damit Österreich mittel bis langfristig, etwa im Zeitraum von zwölf bis 48 Monaten seine Energiequellen diversifiziert? Hier brauchen wir jetzt Antworten und eine Strategie für diese Übergangszeit“, so Knill.



HAI hat die Lieferkette von Aluminium unabhängig von Russland ausgerichtet, ein Engpass bei den Erdgaslieferungen würde das Unternehmen aber treffen.

Ein Standpunkt, den auch Herbert Eibensteiner, CEO der voestalpine, vertritt. „Die Folgen eines Lieferstopps von Erdgas aus Russland wären dramatisch und nicht oder nur schwer managebar“. Auch er warnt vor einer hohen Arbeitslosigkeit als Folge eines längeren Ausfalls von Erdgas. „Ohne Gas keine Stahllieferungen“, betont er nachdrück-

**Es muss dringend neue Denkansätze geben, wenn es um die Energieversorgung in Österreich geht.**

lich, denn das würden alle zu spüren bekommen, weil Lieferketten zusammenbrechen und wesentliche industrielle Prozesse zum Erliegen kommen würden, so Eibensteiner weiter. Wie viele andere Betriebe ist auch die voestalpine noch auf Erdgas angewiesen und ist damit für 15 Prozent des heimischen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes verantwortlich. Bis 2050 will der Stahl-Konzern gänzlich CO<sub>2</sub>-neutral produzieren. Um das tatsächlich zu erreichen, braucht es aber grünen Strom und Wasserstoff in großen

Mengen. „Es wäre jetzt höchste Zeit, in die Gänge zu kommen“, fordert auch Eibensteiner. Die Bundesregierung müsse nun die Rahmenbedingungen für eine grüne Stahlproduktion schaffen. „Wir haben keinen tatsächlichen Plan wie wir ausreichend Wasserstoff bekommen können und wie die Infrastruktur dazu aussieht“ so Eibensteiner weiter.

### Wasserstoff, das Erdgas der Zukunft

In der Industrie ist Wasserstoff das Gas der Zukunft und kann vielseitig eingesetzt werden, um zahlreiche Prozesse und Abläufe

künftig zu dekarbonisieren. Mit der Wasserstoffstrategie liegt nun ein Plan vor, um Österreichs Unternehmen eine erste Orientierung zu geben, wie der Zukunftsträger Wasserstoff in Österreich zielgerichtet eingesetzt werden kann. Wenn wir unsere Klimaziele erreichen möchten, müssen wir heute die Rahmendbedingungen für den Hochlauf von klimaneutralem Wasserstoff schaffen, die Wasserstoffstrategie ist hier ein erster Schritt und identifiziert richtigerweise die produzierende Industrie als prioritären Verbrauchssektor. Denn Wasserstoff wird in diesen Bereichen sowohl stofflich als auch energetisch unverzichtbar sein“, so Knill und er meint weiter: „Wir werden dafür aber verschiedene Arten von Wasserstoff benötigen. Der mit „klimaneutralem“ Wasserstoff in der Strategie gewählte technologieoffene Ansatz wird ausdrücklich begrüßt.“

### Energieversorgung neu denken

Es muss also dringend neue Denkansätze geben, wenn es um die Energieversorgung geht. Die Vorstellung einer österreichischen Energieautarkie wird in der Realität nicht stattfinden, auch nicht bei einem Umstieg auf andere, alternative Energieträger. Die Potenziale von Sonne, Wind und Wasser werden nicht reichen, um den Bedarf





Mit dem Gasvorrat, der im Weinviertel lagert, könnte Österreich 30 Jahre lang versorgt werden.

der Industrie vollständig zu decken. Wir müssen uns also hin zu einer strategischen europaweiten Energieautonomie bewegen. Die Energieversorgung muss durch diversifizierte Partnerschaften auf breitere Beine gestellt werden. Und die Industrie ist bereit für eine diverse und klimaneutrale Energieversorgung. Was jedoch noch fehlt sind die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen. Angesichts der nun zusätzlichen Investitionserfordernisse aus dem RePowerEU-Plan von etwa 200 Mrd. Euro für die kommenden fünf Jahre, erfordert es umso mehr schnelle und effiziente Verfahren, um Projekte möglichst rasch abwickeln zu können.

### Keine Denkblockaden

Auch Energieformen, die in der Vergangenheit vor allem in Österreich auf breite Ablehnung stießen, müssen neu beurteilt werden. Dazu zählen die Atomenergie und das Fracking-Verfahren. Und gerade Fracking wäre für Österreich interessant, denn im nördlichen Niederösterreich gibt es Schiefergasvorkommen, die Österreich jahrelang mit Gas versorgen könnten. Dieses Gas liegt in mehreren Tausend Metern Tiefe in schwer zugänglichen, porösen Gesteinsschichten. Als die zur Förderung notwendige Fracking-Technologie

vor zehn Jahren von der OMV angedacht wurde, gingen die Bevölkerung und auch Teile der Politik wegen der Umweltbedenken auf die Barrikaden. Herbert Hofstätter, Professor vom Lehrstuhl für Petroleum and Geothermal Energy Recovery an der Montanuniversität Leoben, entwickelte damals ein Verfahren, das die Umweltrisiken großteils beseitigen sollte. Anstelle der kritisierten Chemikalien setzte er auf umweltfreundliche Substanzen, die jedoch die gleiche Wirkung haben. Die kursierenden Bedenken kann Professor Hofstätter nicht nachvollziehen, denn es

sei ein neuer Weg zur sauberen Energiegewinnung unter Verwendung biologischer Substanzen. Zudem soll es nicht nur für die Gewinnung von Erdgas einsetzbar sein, sondern auch, um die Erdwärme für die thermische Energienutzung zu erschließen. „Dazu haben wir ein fertiges Konzept“, so der Leobener Professor. Nachdem die Pläne für die sogenannte „Bio Enhanced Energy Recovery (BEER)“-Methode in der Schublade lag, ist das Interesse an der BEER-Technologie nun wieder da.

Weiterentwicklungen gibt es auch bei der Atomkraft. Die Entscheidung gegen die Atomkraft in Österreich ist mittlerweile 44 Jahre her. Grund genug, darüber zumindest nachzudenken. Und auch die Kernkraft hat sich weiterentwickelt, es gibt mittlerweile Ideen, Konzepte und Ansätze, Kraftwerke so zu bauen, dass sie sicher sind und keine radioaktiven Reststoffe erzeugen. Die Ausgestaltung der nationalen Energiepolitik durch die einzelnen Mitgliedsstaaten der EU lässt es ohnehin zu, dass die Kernkraft auch weiterhin Teil des Europäischen Energiemixes bleiben wird. Herausforderungen der Energie-Autonomie Europas können gemeinsam gelöst werden. ■

Autorin: Herta Scheidinger



## Stimmen aus den heimischen Industriebetrieben

Thomas Bründl, Geschäftsführer von starlim-sterner

Die Rahmenbedingungen wurden nach der Pandemie durch den darauffolgenden Krieg nicht leichter. Dies ist hauptsächlich den nach wie vor gestörten Lieferketten zuzurechnen. Die Schwierigkeiten liegen immer noch bei kaum planbaren Produktionsstückzahlen, da die direkte Beeinflussung durch die Rohstoffverfügbarkeit wie auch die indirekte Beeinflussung, durch das Fehlen unterschiedlicher Bauteile bei unseren Kunden, einen runden Produktionsprozess nicht zulassen. Die dadurch hervorgerufenen Mehrkosten wirken sich natürlich auf die Inflation entsprechend aus.

Mit Sorge blicken wir auf die enorm gestiegenen Energiekosten, die speziell die heimischen Industriebetriebe im internationalen Wettbewerb, wie auch uns, treffen. Seit dem Steigen der Energiepreise stellen wir fest, dass sowohl in Asien als auch Nordamerika diese Erhöhungen

der Energiekosten bei Gas und Strom nicht gegeben sind. Auch innerhalb Europas gibt es signifikante Preisunterschiede. Das Merit-Order-System sowie die Strompreiszonentrennung mit Deutschland befeuern diesen Wettbewerbsnachteil. Die reinen Energiekosten bei Strom sind im internationalen

Wettbewerb um den Faktor fünf bis zehn teurer. Die Schaffung fairer Rahmenbedingungen für die europäischen Standorte ist zwingend notwendig. Zu überlegen ist, ob das Merit-Order-System noch zeitgemäß ist bzw. für eine gewisse Zeit ausgesetzt werden soll.

Starlim und sterner betreiben seit über vier Jahren eine der größten Photovoltaikanlagen, die zu 100 Prozent für den Eigenverbrauch dient. Über diese Anlage werden jährlich ca. 1,5 Million kWh Strom erzeugt. Das hilft uns 330 Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr einzusparen! Zudem sind seit letztem Jahr die Standorte in



**Die enorm gestiegenen Energiekosten treffen speziell die heimischen Industriebetriebe im internationalen Wettbewerb.**

Österreich frei von fossilen Brennstoffen. Der letzte große Schritt erfolgte durch die Installation einer 2,1 mW Wärmepumpenanlage am Standort in Marchtrenk, womit die Beheizung nun durch die Prozessabwärme aus dem Produktionsprozess erfolgen kann.

Um die Industriequote in Österreich weiter hoch zu halten und im Export erfolgreich zu sein, brauchen wir natürlich auch entsprechend gut ausgebildete Mitarbeiter. Hier gilt es die Bildung zu fördern und das Interesse für Technik bei Jugendlichen so früh wie möglich zu wecken. Der Erfolg unseres Wachstums über die letzten Jahre war nur durch das Engagement unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglich. Leidenschaft, Innovation und Teamgeist sind hier altbekannte Erfolgsfaktoren. Unterstützt wird dies durch entsprechende Investitionen

in die Lehrlingsausbildung, die über die letzten Jahre von zehn Lehrlingen pro Jahr auf 35 Lehrlinge aufgestockt wurde. Diese Ausbildung im sterner training center soll uns weiterhin die zukünftigen Facharbeiter garantieren.

Eine Normalisierung der Lieferketten wäre wünschenswert, damit wir wieder in eine mittelfristig planbare Produktionsauslastung gelangen. Flexibilität bleibt dennoch 2022 das prägende Schlagwort. Unsere Planung sieht ein kontinuierliches Wachstum vor. Ein Produktionsstandort in China ist gerade im Entstehen, wodurch die Entwicklungsleistungen in der Zentrale weiter ausgebaut werden. Als Unternehmer zählt der Blick nach vorne und nicht das Verharren in der Vergangenheit.

## Thomas Salzer, Präsident IV NÖ

Wir reden mittlerweile von einer Kostenexplosion in einem noch nie da gewesenen Ausmaß. Die Unternehmen stehen wegen der aktuellen Energiekosten mit dem Rücken zur Wand. In Niederösterreich zählen viele Industriebetriebe zur Grundstoffindustrie, die als energieintensiv gilt. Etwa 40 Prozent des österreichischen Gasbedarfs fallen in der Industrie an. Während Privathaushalte beim Heizen leichter auf andere Energieträger umsteigen können, ist das in der Industrie leider nicht so einfach möglich.

In der Papierindustrie waren im Jahr 2020 etwa sieben Prozent der Produktionskosten auf Energiekosten zurückzuführen. Für 2022 rechnen wir mit einem Energiekostenanteil von mindestens 30 Prozent der Herstellungskosten – und das,

obwohl wir auch die Verkaufspreise schon kräftig anheben mussten. Der Anteil der Energiekosten im Herstellungsprozess von Papier ist mittlerweile doppelt so hoch wie der Anteil der Personalkosten. Wir versuchen, diese Kosten weiterzugeben, wenn die Kunden das nicht akzeptieren, können wir sie jedoch nicht beliefern, weil sonst die Verluste in der Produktion zu hoch werden. Manche Firmen produzieren sogar nur mehr dann, wenn der Kunde bereit ist, den Auftrag anzunehmen.

Diese Kostensteigerungen wirken sich massiv auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit aus. Im internationalen Wettbewerb haben wir auch deswegen einen Nachteil, weil wir – im Gegensatz zu einem guten Dutzend anderer EU-Mitgliedsstaaten – das Instru-



**Ein potenzieller Gas-Stopp würde über 340.000 Arbeitsplätze in Österreich gefährden, denn viele Betriebe könnten nicht mehr produzieren.**

ment der Strompreiskompensation immer noch nicht anwenden dürfen. Es gibt schon einen Gesetzesentwurf dafür, aber es scheitert immer noch an der Umsetzung.

Welche energiepolitischen Maßnahmen sollen nun ergriffen werden? Neben der Ermöglichung der Strompreiskompensation brauchen wir auch Liquiditätshilfen für besonders betroffene energieintensive Unternehmen sowie eine raschere Energieabgabenrückvergütung.

Die Politik ist außerdem gefordert, Gaslieferungen aus Russland aufrecht zu halten, denn sonst können viele Industriebetriebe nicht mehr produzieren. Ein potenzieller Gas-Stopp würde über 340.000 Arbeitsplätze in Österreich gefährden. Die Vorschläge der EU-Kommission, binnen eines Jahres zwei Drittel der Gasimporte aus Russland zu substituieren sind für Österreich nicht realistisch. Jede Diskussion eines Gasembargos führt zur weiteren Preisausschlägen auf den Gasmärkten.

Wir alle wünschen uns natürlich eine Unabhängigkeit vom russischen Gas, aber dieses Ziel steht in weiter Ferne. Dafür müssten wir beispielsweise die Windkraftanlagen um das Siebenfache ausbauen. Dieser Ausbau kann nicht von heute auf morgen gelingen. Selbst danach hätten wir immer noch das Problem, dass im Winter – Stichwort Winterwindstille – zu wenig Strom produziert wird und wir alternative Energiequellen brauchen.

Wir brauchen jedenfalls einen breiteren Mix aus erneuerbaren Energiequellen und vor allem Technologieoffenheit. Im Vordergrund müssen immer die Verfügbarkeit und die Effizienz stehen. Der Ausbau erneuerbarer Energie stößt leider auch immer wieder auf Widerstände in der Bevölkerung. Theoretisch sprechen sich viele Menschen für alternative Energiequellen aus, in der Praxis wollen viele das Windrad, die Biogasanlage oder das Kleinwasserkraftwerk aber nicht in ihrer Nähe haben.

Erst im vergangenen Jahr ist ein von der EVN geplantes Biomasse-Heizwerk im Bezirk Mödling

von 80 Prozent der Bevölkerung abgelehnt worden. Es gibt aber auch Positivbeispiele: In Krems erfolgt bei einem EVN-Werk bis Ende des Jahres der Umstieg von russischem Erdgas auf Hack-schnitzel aus heimischen Wäldern. Dadurch sollen 30.000 Haushalte mit Wärme und 15.000 mit Strom versorgt werden. Und ab dem Frühjahr 2023 soll am Areal des Kraftwerks Dürnrohr Industrie-Klärschlamm getrocknet und verbrannt werden, um Energie zu erzeugen, mit der wiederum die Agrana in Pischelsdorf versorgt wird.

Um die Abhängigkeit von Gas zu reduzieren, müssen wir auch die Wasserstoffwirtschaft weiterentwickeln. Das erfordert eine grundsätzliche politische Offenheit für alle Arten von klimaneutralem Wasserstoff sowie das Zulassen von Wasserstoffimporten in großem Umfang.

Die Stromnetze müssen schneller ausgebaut und neue Anlagen schneller genehmigt werden, damit wir erneuerbare Energien besser nutzen können. Und je mehr wir auf erneuerbare Energie setzen, desto wichtiger sind stabile Netze, damit es nicht zu einem Blackout kommt. In der aktuellen Situation muss das öffentliche Interesse, dass wir in möglichst viele Kraftwerke und stabile Netze haben, über dem Individualinteresse und auch über so mancher schützbarer Vogel- oder Lurchart stehen. Begrüßenswert ist jedenfalls, dass in Niederösterreich seit kurzem PV-Anlagen bis zu einer Modulspitzenleistung von 1 Megawatt – statt wie bisher 200 kW – genehmigungsfrei sind.

Langfristig muss unser Ziel eine „strategische Autonomie“ der Energie- und insbesondere der Gasversorgung sein. Wir müssen uns vom Wunschgedanken der österreichischen Energieautarkie verabschieden. Vielmehr muss es darum gehen, frei aus einem Lieferantenkreis wählen zu können, um damit nicht stets von nur einem Lieferanten abhängig zu sein.



## Alice Godderidge, CEO von Poloplast

Poloplast ist grundsolide, exzellent aufgestellt und hat ein tolles Team! Natürlich war das letzte Jahr auch für uns turbulent, Corona-Maßnahmen aller Art, Ausfälle von Kollegen, Versorgungsengpässe usw. Allerdings ist das „Jammern auf sehr hohem Niveau“, denn Poloplast verzeichnete 2021 das beste Jahr der Unternehmensgeschichte. Mit 20 Jahren Industrienerfahrung bin ich entsprechend krisentauglich – wobei sicherlich niemand auch noch einen Krieg in Europa vorhersehen konnte. Ruhe bewahren, das Team zusammenhalten, auf Sicht managen und dabei weiter an den Zukunftsthemen arbeiten – das halte ich für unglaublich wichtig.



**Das Thema Energiepolitik müssen wir lösen, aber es wäre blauäugig zu glauben, dass die Energiewende von heute auf morgen umgesetzt werden kann.**

Die Energiepreissteigerungen treffen uns natürlich – direkt (Produktion) und indirekt (Rohstoffe, etc.). Noch müssen wir die Kostensteigerungen nicht zur Gänze alleine tragen, unsere Kunden beteiligen sich dankenswerterweise. Es sei dahingestellt, wie lange das noch so gehen kann, denn die ganze Branche kämpft. Ein Stopp russischer Gaslieferungen mag heroisch anmuten, wäre aber schlichtweg eine Katastrophe für die Wirtschaft! Das Thema Energiepolitik müssen wir lösen, aber es wäre blauäugig zu glauben, dass die Energiewende von heute auf morgen umgesetzt werden kann.

Es kann kein Zukunftsmodell sein, den Staat für alle Schwierigkeiten der Bürger und der Industrie aufkommen zu lassen die Schattenseiten dieser Entwicklung der letzten beiden Jahre sehen wir schon jetzt. Kurzfristig scheint es aber keine andere Lösung zu geben als weitere Staatshilfen, damit der Wirtschaftsmotor nicht ins Stottern

gerät. Die Kostensteigerungen schlagen sich in der gesamten Prozesskette von der Industrie bis zum Endkonsumenten massiv nieder. Dazu muss die gesamte Industrie enorm in die Zukunft investieren, um den Green Deal zu schaffen.

Das stimmt, auch Poloplast profitiert davon, denn das erste Quartal 2022 war sehr gut. Jedoch mehren sich die Branchenstimmen, dass Bauvorhaben privat wie auch im sozialen Wohnbau nicht mehr leistbar sind. Begonnene Bauvorhaben werden gewiss fertiggestellt, die ganze Branche ist für die nächsten Monate sehr gut gebucht – in Österreich wie auch im europäischen Um-

land. Die Lieferketten werden uns noch länger fordern. Damit werden wir umzugehen lernen, durch bessere Vorausplanung und/oder Diversifizierung der Lieferantenlandschaft – global gesprochen. Eventuell kommt es 2023 zu einer leichten Abschwächung, mittelfristig bin ich überzeugt, dass die Baubranche nachhaltig stark performt, zumal die Schaffung bzw. Sanierung von Wohnraum weiter notwendig ist.

Kunststoffe haben zu Unrecht ein schlechtes Image, vielmehr sie sind aus unserem Alltag nicht wegzudenken – ohne den Werkstoff Kunststoff funktioniert unsere Welt nicht. Wichtig ist, diesen wertvollen Rohstoff zum einen für technisch hochwertige, langlebige Produkte zu verwenden. Und Kreislaufwirtschaft und Recycling müssen besonders bei schnelllebigen Produkten selbstverständlich werden. Wir arbeiten natürlich an diversen Projekten, um den Materialeinsatz von Neuware zu reduzieren und den Recyclinganteil zu erhöhen.

## Georg Feith, CEO Stoelzle Glass Group

Wir sehen bereits seit 2021 konstante Kostensteigerungen im Bereich Energie. Zusätzlich zu den stark gestiegenen Rohstoffpreisen, führt das zu einer Verteuerung unserer Herstellungskosten.

Dieser signifikante Anstieg wirkt sich auf die Preise unserer Produkte aus und wird sich in weiterer Folge dann auch auf Seite der Konsumenten bei den Waren im Handel niederschlagen.

Die Glasherstellung ist eine energieintensive Industrie. Auch wenn wir viele Initiativen in Richtung Energiereduktion umsetzen, funktioniert die Glasproduktion kurz- und mittelfristig nicht ohne Gas. Bei einem Gas-Lieferstopp müssten wir die Produktion einstellen. Schmelzwannen werden mit Gas befeuert und müssen 24 Stunden 365 Tage im Jahr in Betrieb sein. Sollten wir die Produktion stoppen müssen, dann dauert es ungefähr zwei Wochen, um die Produktionsprozesse herunterzufahren. Glaswannen müssen langsam ausgelassen werden. Ein plötzlicher Stopp würde die Schmelzwanne beschädigen und zu einem Millionenschaden führen. Wir sind auf jeden Fall vorbereitet und haben die notwendige Ausrüstung vor Ort. Ein Gaslieferstopp hätte schwerwiegende Auswirkungen. Detaillierte Informationen zu Notfallplänen der Regierung liegen uns derzeit nicht vor. Mehr Klarheit und Einbindung in die Arbeit an den Krisenplänen sind wünschenswert. Ein teilweiser Ersatz von Gas in der Glasindustrie ist technisch möglich. Bei einem Neubau unserer Schmelzwannen sehen wir einen teilweisen Ersatz von Gas durch elektrischen Strom bereits vor. Eine tatsächliche Umstellung von bis zu 40 Prozent hängt aber von der Verfügbarkeit



**Bei einem Gas-Lieferstopp müssten wir die Produktion einstellen. Schmelzwannen werden mit Gas befeuert und müssen 24 Stunden 365 Tage im Jahr in Betrieb sein.**

von Strom aus erneuerbaren Energien ab. Derzeit würde es keinen Sinn machen, ein beträchtlicher Teil der Stromproduktion stammt aus der Verbrennung von Gas. Bei einem Wirkungsgrad

der besten Gasturbinen von 50 Prozent entsteht nur ein KWh Strom aus zwei KWh Gas. Damit ist der Strom pro KWh mehr als zweimal so teuer wie Gas und setzt auch noch 360 g CO<sub>2</sub> frei. Erst wenn ausreichend Strom aus erneuerbarer Energie zur Verfügung steht ist ein Ersatz sinnvoll.

Seit Jahren arbeiten wir schon daran, die Umweltbilanz unserer Glasverpackungen weiter zu verbessern und das gesamte Unternehmen nachhaltig auszurichten. Unsere Forschung fokussiert auf Ressourcenschonung und Energieeinsparung. So setzen wir in unserem Glasgemenge vermehrt Altglasscherben ein und forschen an alternativen

Rohstoffen. Mit dem Einsatz von rund 25 Prozent Scherben bei der Weißglasproduktion können wir etwa sechs Prozent der zum Schmelzen erforderlichen Energie einsparen. Im Dezember haben wir eine neue energieeffizientere Weißglaswanne in Köflach in Betrieb genommen. Dank modernster Schmelztechnologie, können wir den Energieaufwand um circa 13 Prozent pro Tonne Glas senken.

Strom aus erneuerbarer Energie bedarf beträchtlicher Investitionen. Diese Investitionen in PV und Wind-, Biomasse- und Wasserkraftwerke sind erst nach oft langwierigen Genehmigungsverfahren möglich. Eine Methode zur Verkürzung solcher Verfahren wäre eine Verpflichtung alle Einsprüche nur zu Beginn solcher Verfahren zuzulassen. Eine ausreichende Anzahl von amtlichen Sachverständigen

digen, die zur Beurteilung notwendig sind, müssen zur Verfügung stehen.

Der explosionsartige Anstieg für CO<sub>2</sub> Zertifikate ist für die energieintensive Industrie bei den der-

zeitigen extrem hohen Energiepreisen nicht notwendig. Eine temporäre Reduktion der CO<sub>2</sub>-Preise solange Energiekosten in Europa so hoch sind, würde Energiepreise auf ein vernünftiges Niveau drücken und auch die Inflation stark reduzieren.

### Rob van Gils, CEO HAI

Leider wurde der – schon im letzten Jahr einsetzende – Trend, hin zu massiven Energiekostensteigerungen durch den Krieg in der Ukraine zusätzlich verstärkt. Im Prozess des Aluminium-Strangpressens ist Energie einer der größten Kostenfaktoren. Neuerliche Preiserhöhungen bei Gas und Strom von über 100 Prozent innerhalb weniger Monate und Faktor zwölf bzw. sieben seit Jänner 2021, belasten unsere Kostenstruktur somit in ungeahntem Ausmaß. Dieselpreiszuschläge bei den Frachten, erhöhte Preise für Holz und Verpackung belasten zusätzlich. Sowohl unser eigenes Eloxalwerk (WestAluTec), als auch unsere Lieferpartner leiden unter den gleichen Kostenbelastungen und verteuerten Chemieprodukten.

Bei den Erdgaslieferungen ist es aktuell schwer abschätzbar, ob, und wenn ja, wann es zu Engpässen kommt. Fakt ist aber – wenn, dann wird es die gesamte Industrie treffen. HAI hat zwar die Lieferkette von Aluminium unabhängig von Russland ausgerichtet, sollte jedoch bei Erdgas ein Engpass entstehen, würde die Lage neu zu bewerten sein. Unser Lieferant greift auf ein umfassendes Gasportfolio zurück. Dennoch ist klar, dass es ohne Gas aus Russland zu massiven Engpässen kommen wird – spätestens während der nächsten Heizperiode im Winter 2022/23.



**Durch den Einkauf von 100 Prozent CO<sub>2</sub>-neutral erzeugtem Strom aus erneuerbaren Energiequellen setzt HAI auf die grüne Energiewende.**

Durch Investitionen in Produktivitätsverbesserungen, ein höherer Automatisierungsgrad sowie ständige Optimierungen durch den kontinuierlichen Verbesserungsprozess (KVP), optimieren wir unsere Kosten laufend, somit können wir Preiserhöhungen im Rahmen halten. Aktuell werden wir jedoch mit exorbitanten Kostensteigerungen bei den Energiepreisen konfrontiert. In dieser schwierigen Situation kommt uns zugute, dass wir in der durchgängigen Wertschöpfungskette der HAI-Gruppe seit vielen Jahren bevorzugt mit europäischen Lieferanten zusammenarbeiten und belastbare Partnerschaften aufgebaut haben.

Der rasche Ausbau alternativer Energiequellen ist unausweichlich und muss so rasch wie möglich umgesetzt werden. Bei der Energieversorgung verfolgt HAI eine konsequente Grünstrom-Strategie, mit der das Unternehmen seine CO<sub>2</sub>-Bilanz bereits deutlich verbessert hat. Durch den Einkauf von 100 Prozent CO<sub>2</sub>-neutral erzeugtem Strom aus erneuerbaren Energiequellen setzt

HAI auf die grüne Energiewende. An den beiden größten Standorten der HAI-Gruppe, im österreichischen Ranshofen und im deutschen Soest, setzt das Unternehmen bereits seit zwei Jahren ausschließlich auf „grünen“ Strom. Mit dieser Umstellung konnten 2020 allein an diesen beiden Standorten rund 21.000 t CO<sub>2</sub> eingespart werden.

# „Österreich muss sich weiterhin gegen ein Gasembargo aussprechen“

Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) spricht im Interview über Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit, CO<sub>2</sub>-Bepreisung und ein dringend notwendiger Rechtsrahmen für die Erzeugung von grünem Gas.



***Pandemie, Krieg, Inflation und Energiepreisschock - die heimische Wirtschaft hat derzeit schwierige Rahmenbedingungen. Wie sehr treffen die aktuellen Herausforderungen die heimische Wirtschaft?***

**Harald Mahrer:** Nach Corona ist der Krieg in der Ukraine der nächste Stress-Test. Wir laufen Gefahr, dass aus wirtschaftlicher Stagnation eine Rezession wird. Die Betriebe leiden unter vielfältigen Belastungen – von horrenden Energiepreisen über sonstige Kostensteigerungen bis hin zu Schwierigkeiten bei den Lieferketten.

***Aufgrund des russischen Angriffskrieges steht die Forderung nach einem sofortigen Öl- und Gasembargo gegen Russland im Raum. Was wären die Folgen für die heimische Wirtschaft?***

An oberster Stelle muss die Versorgungssicherheit der Bürger und die Versorgung der Betriebe mit Energie und Rohstoffen stehen. Ein Gasembargo hätte verheerende Auswirkungen. Denn ein sehr hoher Anteil unserer Gasimporte stammt aus Russland. Andere EU-Staaten können selbst nicht ersatzweise unsere Gasversorgung sichern. Daher muss sich Österreich weiterhin gegen ein Gasembargo aussprechen.

***Österreich hat mit 80 Prozent eine der höchsten Gasimportquoten in Europa. Hat man sich hier in der Vergangenheit nicht zu sehr vom russischen Gas abhängig gemacht?***

Damit unserer Betriebe wettbewerbsfähig sind, mussten sie günstige Energieträger nutzen, beson-



Für Harald Mahrer, Präsident der WKO, ist klar, dass eine Energiewende nicht über Nacht möglich sein wird.

ders um die im internationalen Vergleich hohen Lohnkosten zu kompensieren. Zudem setzt Gas im Vergleich zu anderen fossilen Energieträgern deutlich weniger Emissionen frei, weshalb es auch stark als Brückentechnologie eingesetzt wurde und wird. Und natürlich spielt die geographische Lage eine Rolle. Je weiter man in Europa nach Osten kommt, desto größer die Abhängigkeit von russischem Gas. Dies gilt insbesondere für Länder wie Österreich ohne Meerzugang und damit ohne Möglichkeit, LNG Terminals als Alternativen zu errichten.

**Die baltischen Staaten haben schon nach der**

**Okkupation der Krim reagiert und ihren Energiemix deutlich umgestellt. Warum hat man hier in Österreich nicht gehandelt?**

Der baltische Markt wird derzeit durch Gasreserven versorgt, die unterirdisch in Lettland gelagert werden. Länder wie Deutschland, Italien und Österreich, die stark von russischem Gas abhängig sind, tun sich da nicht so leicht. Der gesamte litauische Gasbedarf wird z. B. über das Flüssiggas-Terminal in der Ostsee-Hafenstadt Klaipeda gedeckt. Zusätzlich hat Litauen 2015 in der Ostsee eine schwimmende Anlage zum Lagern von Flüssiggas in Betrieb genommen. Was wir in Österreich dringend brauchen, ist ein Rechtsrahmen für die Erzeugung von grünem Gas sowie der Aufbau von internationalen Partnerschaften. Ein fertiges Grün-

gasgesetz liegt seit zwei Jahren in der Lade. Hier muss die Energieministerin endlich handeln.

**Im Juli soll nun die neue CO<sub>2</sub>-Bepreisung kommen. Viele Wirtschaftsvertreter forderten eine Verschiebung. Kommt diese Neuregelung nicht zur Unzeit?**

Die Dekarbonisierung der Wirtschaft ist und bleibt ein wichtiges Ziel, zu dem wir uns bekennen. Trotzdem muss klar sein, dass die Energiewende nicht über Nacht möglich sein wird. Und Tatsache ist ebenfalls, dass die CO<sub>2</sub>-Bepreisung die Inflation weitertreiben wird.

**Zudem sollen nun die Energieunternehmen zur Kasse gebeten werden. Bundeskanzler Nehammer möchte nun die Gewinne bei allen Unternehmen mit Staatsbeteiligungen abschöpfen, die von der Corona-Krise profitiert haben. Ist dieser Vorschlag sinnvoll?**

Gerade jetzt sollte man jede zusätzliche Verunsicherung vermeiden. Politische Maßnahmen, wie immer sie aussehen, dürfen nicht zu Verzerrungen führen – also zu negativen Effekten und Einschnitten in den betroffenen Unternehmen. Nicht zuletzt wäre es im Hinblick auf die Dekarbonisierung kontraproduktiv, die Investitionsspielräume der Betriebe einzuschränken. Denn eines muss klar sein: Die Energiewende gibt es nicht gratis.

**Lässt sich durch die aktuelle Situation das Ziel der Klimaneutralität bis 2030 überhaupt noch halten?**

Dafür sind massive Investitionen nötig. Und es braucht die entsprechende Infrastruktur – vom Netzausbau bis zu Kraftwerken. Da reden wir allein bis 2030 von neun Biomasse-Kraftwerken in der Größe des Kraftwerks Simmering, von sechs Wasserkraftwerken in der Größe Freudenaus, von 1.140 zusätzlichen Windkraftwerken und weit über zwei Millionen Photovoltaikanlagen für Einfamilienhäuser. Das alles muss finanziert, genehmigt und gebaut werden. Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen ist das illusorisch. Neben wesentlich kürzeren Verfahrensdauern braucht es für die praktische Umsetzung letztlich auch die notwendigen Fachkräfte.

***Lässt sich unser Energiemix grundsätzlich auf Grüne Energie umstellen? Haben wir dafür die Kapazitäten?***

Grundsätzlich ja, aber nicht kurzfristig und nicht im Alleingang. Die derzeitigen gesetzlichen Rahmenbedingungen für Genehmigung führen dazu, dass die Verfahrensdauer von großen Projekten im Anlagen- und Infrastrukturbereich durchschnittliche zwischen sieben und zehn Jahren liegt. Österreich ist ein kleines Land mit einer leistungsstarken Industrie. Diese hat während der Pandemie stark zum Erhalt unseres Wohlstandes beigetragen. Für die Transformation unserer Industrie werden wir auf erneuerbare Energiepartnerschaften angewiesen sein. Außerdem können erneuerbare Energieträger in anderen Ländern teilweise deutlich effizienter und günstiger erzeugt werden. In einer vernetzten Welt ist eine Insellösung für Österreich unrealistisch.

***Ein weiteres Problem sind die Lieferketten für die heimische Wirtschaft. Die Pandemie und nun auch der Krieg in der Ukraine zeigen die Schattenseiten***

**Eine der größten Aufgaben der EU in den nächsten Jahren wird sein, die Energieversorgung sicher zu stellen und starke Abhängigkeiten zu reduzieren.**

***der Globalisierung. Kommt es nun wieder zu einer Reindustrialisierung Österreichs und Europas?***

Die Pandemie und der Ukraine-Krieg zeigen, wie wichtig eine Diversifizierung der Lieferketten ist. Eine starke Abhängigkeit von einem Lieferanten oder einem Zulieferland ist riskant. Das bedeutet allerdings nicht, dass wir alles in Österreich oder Europa produzieren können oder sollen. Tendenzen zum Near-Shoring zeigten sich schon in den letzten Jahren. Die Industrie wird aber weiter Vorteile aus dem Handel mit spezialisierten Partnern aus der ganzen Welt nutzen. Durchsetzen kann sich

die europäische Industrie dort, wo sie wettbewerbsfähig ist. Deswegen brauchen wir in Österreich und in Europa Top-Bedingungen für innovative Industrieunternehmen.

***In der Pandemie zeigte sich die Abhängigkeit Europas von China, Indien und auch den USA. Müssen wir die Strategie der Vergangenheit nicht auf den Prüfstand stellen und die Wirtschaft in Europa neu denken? Was ist notwendig für eine besser akkordierte europäische Wirtschaftspolitik?***

Die Verflechtung der europäischen Wirtschaft mit der ganzen Welt bringt uns und unseren Handelspartnern viele Vorteile. Starke Abhängigkeiten sind aber immer mit Risiken verknüpft. „Don't put all your eggs into one basket“ gilt nicht nur für Finanzanlagen, sondern kann auch auf Import- und Exportpartnern im Warenhandel umgelegt werden. Eine der größten Aufgaben der EU in den nächsten Jahren wird sein, die Energieversorgung sicherzustellen und gleichzeitig die starke Abhängigkeit von Russland beim Gas zu reduzieren, sowie die Dekarbonisierung umzusetzen. Kooperation und Koordination zwischen den Mitgliedstaaten stehen im Fokus. Gerade in Bezug auf Energie ist eine starke Einbeziehung der Unternehmen in den Transformationsprozess erforderlich, damit realistische Ziele und Zeithorizonte formuliert werden.

***Fehlt Europa nicht eine klare Wirtschafts- und Industriepolitik?***

Es gibt leider keine strategische Gesamtposition. Der EU-Binnenmarkt bietet eigentlich sehr gute Rahmenbedingungen für das Unternehmertum. Die größten Herausforderungen sind derzeit die Energieversorgung und die Transformation zur Erreichung der Dekarbonisierungsziele. Europa darf sich hier nicht überregulieren, sonst schafft es sich ab. Außerdem ist die Politik gefordert, Handelsabkommen weiter voranzutreiben und Handelsbarrieren abzubauen.

***Müssen wir nicht mehr darauf achten, dass wir systemkritische Industrien in Europa fördern?***



Wir befürworten klar alle Maßnahmen, die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit der europäischen Industrie erhöhen. Denn Hochtechnologie-Branchen und Schlüsseltechnologien sind mit hochwertigen Arbeitsplätzen, Innovationen, technologischem Fortschritt und hoher Wertschöpfung verknüpft. Dabei geht es einerseits um Kooperationen bei Innovationsvorhaben, etwa in Schlüsseltechnologien wie der Halbleiterindustrie oder dem Pharmabereich. Europa hat aber auch viele Weltmarktführer im mittleren Technologiesegment, die vom Aufbau und von der Teilnahme an Kooperationen, etwa im F&E-Bereich, profitieren können.

***Trotz einer noch schwelenden Pandemie haben wir eine niedrige Arbeitslosenquote von 6,3 Prozent und Fachkräftemangel. Wie können wir diesen lösen?***

Erste wirksame Maßnahmen sind die Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte, die den Zugang zu internationalen Fachkräften erleichtert, sowie die Arbeitsmarktreform. Es gilt aber, noch weitere Schrauben zu drehen. Durch bessere Kinderbetreuung etwa können wir die Frauenerwerbsquote erhöhen, durch bessere Gesundheitsprävention können auch ältere Mitarbeiter länger im Berufsleben stehen. Und wir brauchen einen Fokus auf Aus- und Weiterbildung.

***Auf der einen Seite gibt es die Forderung der Wirtschaft nach top-ausgebildeten Arbeitskräften und auf der anderen Seite implementieren wir Zugangsbeschränkungen an Universitäten und Fachhochschulen. Widerspricht sich das nicht?***

Ja, wir kritisieren das speziell bei Studienfächern wie Informatik, die die Wirtschaft stark nachfragt. Zudem fordern wir für die Fachhochschulen bis 2026 jährlich 1.200 neue Anfängerstudienplätze. Wir brauchen diese Absolventen im MINT-Bereich für die Transformation, Stichwort GreenTech und Digitalisierung. Aber den größten Bedarf haben

unsere Betriebe bei jungen Menschen mit Lehrabschluss. Da wollen wir weitere Zielgruppen erreichen, etwa Maturanten oder Studienabbrecher, für die die Duale Akademie – die Lehre für Erwachsene – maßgeschneidert ist. Auch mit der künftigen Höheren Beruflichen Bildung wird die Lehre attraktiver: Fachkräfte müssen nicht an eine Uni für eine Weiterbildung auf tertiärer Ebene wechseln, sondern können im Betrieb bleiben und sich weiterentwickeln – mit formal anerkannten Abschlüssen, gleichwertig zur universitären Bildung.

***Was muss in Österreich nun passieren, damit die Wirtschaft und auch die Gesellschaft möglichst unbeschadet durch die schwierige Zeit kommt?***

Es geht um Planungssicherheit, Stabilität und Entlastung. Letztere muss auf drei Säulen stehen: Energie, Kaufkraft und Liquidität. Energie muss leistbar und gesichert sein, Stichwort: Strompreiskompensation, Energiekostenunterstützung, Gas-Speicherung und endlich ein umfassender Energie-Masterplan der Bundesregierung. Zur Stärkung der Kaufkraft brauchen wir eine breite, spürbare Entlastung, Stichwort: Tarifsenkung, Abschaffung der kalten Progression, steuerfreie Prämien für Beschäftigte. Und wir müssen die Liquidität der Betriebe sichern, Stichwort: Verlustrücktrag und Kreditgarantien. So können wir die aktuellen Herausforderungen meistern und sind für künftige gut aufgestellt. ■

Autor: Stephan Scoppetta

# Großwärmespeicher – Zentraler Baustein zukünftiger Wärmeversorgungssysteme

Der Bedarf an Wärmespeichern wird in den kommenden Jahren auf dem Weg zur vollständig dekarbonisierten Energieversorgung aufgrund des nicht-kontinuierlichen Angebots erneuerbarer Energieträger erheblich steigen. Eine zentrale Rolle kann dabei unterirdischen Großwasserspeichern zukommen.

Diese können im Bereich von wenigen hundert Kubikmetern bis in den Millionen-Kubikmeter-Bereich gebaut werden und weisen damit Speicherkapazitäten von einigen Megawattstunden bis in den Gigawattstunden-Bereich auf. Sie eignen sich sowohl zur kurz- als auch langfristigen Speicherung von erneuerbarer Wärme, beispielsweise aus Solarthermie, industrieller Abwärme oder Power2Heat-Konzepten. Und sie können als multifunktionale Energiedrehscheiben flexibel in Energiesystemen, wie Nah- und Fernwärmenetze, aber auch Industriebetriebe, eingesetzt werden. Zudem birgt diese Speichertechnologie aufgrund des sogenannten „Skaleneffekts“ (Economies of Scale) großes wirtschaftliches Potential und verspricht hohe öffentliche Akzeptanz sowie Flexibilität bei der Standortwahl.

**Sie können als multifunktionale Energiedrehscheiben flexibel in Energiesystemen eingesetzt werden.**

## Das Projekt „MoreStore“

Die Erarbeitung des nötigen Know-hows als Grundlage zur erfolgreichen Umsetzung von Großwärmespeicher-Projekten in Österreich haben sich vier Institute des „Austrian Cooperative Research“ (ACR) im Projekt „MoreStore“ zum Ziel gesetzt. Unter der Leitung von AEE INTEC bildeten und bilden die Forschungsein-

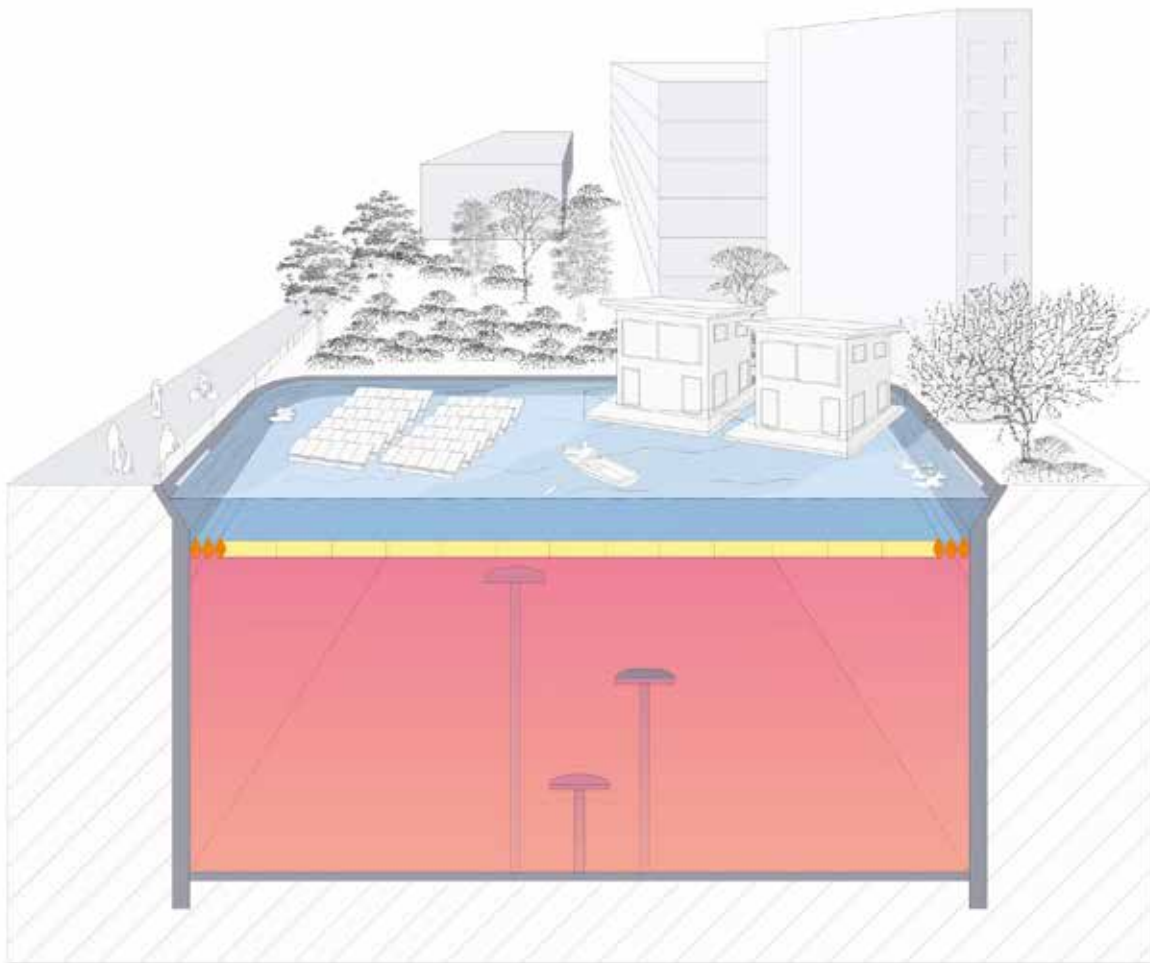
richtungen Bautechnisches Institut GmbH (BTI), Güssing Energy Technologies GmbH (GET) und IWI ein virtuelles Kooperationslabor, um diesen Zukunftsmarkt für Unternehmen, insbesondere für KMU, zu erschließen.

Durch Befragungen von relevanten Stakeholder-Gruppen, wie z. B. Fernwärmebetreiber, Industriebetriebe oder Technische Büros, wurden das Potenzial, die technischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie Anforderungen an die Technologie erhoben. Darauf aufbauend wurden Systemintegrationskonzepte beispielsweise zur Eigennutzung von Abwärme in Industriebetrieben oder Erzielung hoher solarer Deckungsgrade in Nahwärmenetzen erarbeitet.

Neue numerische Modelle für unterschiedliche Speichergeometrien und -konfigurationen wurden entwickelt und mit realen Messdaten validiert sowie mit weiteren Systemkomponenten (z. B. Großwärmepumpen) zu Systemsimulationen zusammengefasst. Durch die Verknüpfung der Simulationen mit ökonomischen Kennzahlen aus Investitionsrechnungen und Lebenszyklusanalysen konnten techno-ökonomische Speicher- und Systemanalysen durchgeführt werden. Diese Untersuchungen und Parameterstudien liefern wichtige speicher- und systemspezifische Kennzahlen, wie z. B. thermische Verluste oder Wärmegestehungskosten, als Basis für die Planung künftiger Großwärmespeicher-Projekte.

Im Projekt wurden außerdem Baukonzepte und Komponentenentwürfe für diverse Speicherbauwerkskomponenten erarbeitet. Darüber hinaus wurde ein Abdeckungskonzept mit attraktiven Nutzungs- und Integrationsmöglichkeiten der Spei-





cheroberfläche im urbanen Umfeld entwickelt und im Zuge des Projektes erfolgreich patentiert.

Aufgrund von neuen Abdeckungskonzepten fügen sich unterirdische Großwasserwärmespeicher nahtlos in das städtische Umfeld ein, erlauben die aktive Nutzung der Speicheroberfläche und wirken beispielsweise urbanen Hitzeinseln entgegen.

### Direkter Nutzen für relevante Stakeholder und KMUs

Auf Basis des generierten Wissens wurde ein Dienstleistungsportfolio konzipiert, das es den beteiligten Instituten erlaubt, relevanten Stakeholdern Beratungsdienstleistungen bei Großwärmespeicher-Projekten anzubieten. Diese Leistun-

gen reichen von Erstinformation über die Technologie sowie technischen und wirtschaftlichen Vorabschätzungen bis hin zu vertiefenden Beratungsleistungen wie numerischen Simulationen auf Speicher- und Systemebene. Es konnten in diesem Zusammenhang bereits Machbarkeitsstudien bzw. Vorplanungen für österreichische KMUs für zukünftige Großwärmespeicher-Projekte durchgeführt und die Verwertung der Forschungsergebnisse erfolgreich demonstrieren werden. ■

Autor: Michael Reisenbichler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Technologieentwicklung bei AEE – Institut für Nachhaltige Technologien.

Weitere Informationen können unter [m.reisenbichler@aee.at](mailto:m.reisenbichler@aee.at) angefragt werden.

# „Nur Unternehmen, die resilient sind, haben eine Zukunft“

Gerhard Fehr, CEO von FehrAdvice & Partners und Behavioral Designer, spricht über die Folgen des Ukraine-Krieges, zu großzügigen staatlichen Förderungen und den Preis wirtschaftlicher Umbrüche.



Gerhard Fehr, Verhaltensökonom und CEO von FehrAdvice & Partners

***In den vergangenen zwei Jahren hatten die österreichischen Unternehmen eine große Herausforderung zu bewältigen. Welche Folgen hat das für die Unternehmen?***

Gerhard Fehr: Hier kann ich nur auf die aktuellen Zahlen der Statistik Austria verweisen: Die österreichische Wirtschaftsleistung ist in den ersten drei Monaten dieses Jahres um 9,5 Prozent gewachsen. Das ist um 1,5 Prozent mehr als das Vorjahresquartal und um 0,5 Prozent über dem Vorkrisenniveau. Besonders gut lief das erste Quartal des Jahres für die Industrie, den Bau und den Handel. Das zeigt, dass die österreichische Industrie in den vergangenen Jahren ihre Hausaufgaben gemacht hat. Der Schlüsselbegriff war dabei Resilienz. Das bedeutet:

Die Unternehmen haben die Ereignisse angenommen, flexibel darauf reagiert und angesichts der guten Zahlen das Beste daraus gemacht.

***Lassen sich die wirtschaftlichen Folgen durch den Ukraine-Krieg schon abschätzen?***

Das ist noch Kaffeesudlesen. Aber ich kann Ihnen versichern, dass es für Europa, eigentlich für die ganze Welt und insbesondere für Russland sehr teuer werden wird.

***Das heißt, wir müssen uns auf einen ökonomischen Winter einstellen?***

Sagen wir, es wird frostiger. Zudem wird es für die Unternehmen sicher härter, ihren Wachstumskurs weiter beizubehalten. Aber gleichzeitig vertraue ich hier auf die Kreativität und die hohe Resilienz der europäischen Wirtschaft. Die vielen größeren und kleineren Krisen der vergangenen Jahrzehnte wie etwa die Dotcom-Blase, 9/11, Banken- und Eurokrise, die Pandemie und nun auch der Krieg in der Ukraine fordern uns und machen uns aber gleichzeitig stärker.

***Wir lernen also aus Krisen?***

Natürlich haben wir dazu gelernt. UNO, NATO, EU und die europäische Bankenunion sind alles positive Folgeerscheinungen von Krisen, die uns in den vergangenen Jahren stärker gemacht haben. Nach einer Phase der ungebremsten Globalisierung erkennen wir heute neben den vielen Vorteilen, wie etwa einer Kostenersparnis in der Produktion, nun auch die Nachteile, etwa wenn die globalen Lieferketten zusammenbrechen. Wir sehen heute, dass billige Energie eines diktatorischen Regimes auch einen hohen Preis haben kann. Das gibt uns für die Zukunft sicher zu denken.

***Sollte man nicht alle Unternehmen so weit unterstützen, dass sie die Wende überleben?***

Davon halte ich wenig. Es liegt im Wesen der Wirtschaft und auch des Wettbewerbs, dass nur jene überleben, die ihre Geschäftsmodelle fit halten. Greift hier der Staat ein, dann gibt es keine Evolution, sondern es wird nur der Status Quo betoniert. Natürlich ist es brutal, aber das ist die tägliche Realität in der Wirtschaft. Viele große Marken von einst gibt es heute nicht mehr. Denken sie in Österreich an Konsum, Niedermeyer, Maculan, Köck und die Alpine Bau. Diese einstigen Größen sind heute Teil der Insolvenzgeschichte. In erfolgreichen marktwirtschaftlichen Gesellschaften herrscht das Prinzip vor: Der Vorrang gilt dem Menschen – wir schützen Menschen, aber nicht Unternehmen, Industrien oder Arbeitsplätze.

***Was machen wir bei den aktuellen Krisenbewältigungsstrategien falsch?***

Trotz der bestehenden Evolution in kleinen Schritten handeln wir immer nach demselben Prinzip: Es kommt eine große Krise und wie das Amen im Gebet folgt der Ruf nach dem Staat. Dieser soll mit viel Geld die Wirtschaft und damit Arbeitsplätze retten. Doch Geld breit über alle Bevölkerungsschichten auszuschütten bringt wenige Effekte mit vielen Nebenwirkungen, die noch dazu sehr teuer sind. Eine weitere Folge ist, dass dadurch eine Erwartungshaltung geschürt wird, dass es der Staat am Ende schon richtet – dies ist natürlich falsch. Auf der anderen Seite erfahren dadurch meist jene zu wenig Förderung, die es wirklich notwendig hätten, während andere überfördert werden.

***Ist die staatliche Unterstützung also Gift für eine wirtschaftliche Evolution?***

Seit der Pandemie scheinen hier die Dämme in der Politik teilweise gebrochen und bei vielen Anlässen wird im Gießkannenprinzip Steuergeld ausgeschüttet, weil es vom Staat erwartet wird. Verhaltensökonomien haben das aber schon vor der Krise so prognostiziert. Aber wenn wir das noch länger so praktizieren, denn schädigen wir nicht nur die

**„Obwohl Europa einer der größten Wirtschaftsräume am Globus ist, sind wir in unserer Einigkeit schwach.“**

Gesamtwirtschaft, sondern senken nachhaltig unseren Wohlsand. Denn steigen die Leitzinsen und damit der Schuldendienst für die jeweiligen Staaten, könnte dies zur Destabilisierung des Wirtschaftsstandortes Europa beitragen. Wir benötigen eine bessere und effizientere Wirtschaftspolitik. Im Grunde wirtschaften wir heute auf Kosten der zukünftigen Generationen.

***Haben die schwierigen letzten Jahre nicht auch positive Effekte mit sich gebracht?***

Europa rückt teilweise wieder enger zusammen. Zudem überdenken wir auch die europäische Wirtschaftsstrategie, die im Grunde bisher Fragmente guter Absichten waren. Noch immer verfolgen die einzelnen Staaten in der EU ihre eigenen Ziele und nutzen die EU mehr als ein Vehikel, um diese Ziele durchzusetzen. Aber anders als die USA oder China haben wir keine gesamteuropäische Wirtschaftspolitik, die zum Beispiel definiert, welche strategische Infrastruktur es in Europa braucht und wie weit wir mit Handelspartnern wie etwa mit China und den USA zusammenarbeiten. Obwohl Europa einer der größten Wirtschaftsräume am Globus ist, sind wir im Vergleich zu den USA oder auch zu China in unserer Einigkeit schwach.

***Das heißt, wir sollten wieder protektionistischer werden?***

Nein, denn grundsätzlich bin ich der Überzeugung, dass die Globalisierung gut ist. Damit wurde in den vergangenen Jahrzehnten weltweit mehr Wohlstand geschaffen. Wir sollten aber wirtschaftliche Verflechtungen zulassen, ohne dabei abhängig zu werden, wie wir es derzeit zum Beispiel von russischem Gas sind. Damit werden wir erpressbar, und das nimmt nie ein gutes Ende. ■

Autor: Stephan Scoppetta



Der Rohstoff Holz wird von den Unternehmen der Holzindustrie für viele andere Branchen, Gewerbe und Industrien aufbereitet und ist somit Ausgangspunkt für viele weitere Verwendungsmöglichkeiten.

## Die Holzindustrie ist beständig, wirkt regional und agiert international

Die Holzindustrie Österreichs ist eine der Leitindustrien der heimischen Wirtschaft. Innerhalb der Wertschöpfungskette Holz ist sie ein Schlüsselsektor, steht für Stabilität und leistet einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs und Europas.

Die Holzwirtschaft zeigt, dass sie auch in Krisenzeiten einer der robustesten Wirtschaftsfaktoren in Europa ist. Der Rohstoff Holz wird von den Unternehmen der Holzindustrie für viele andere Branchen, Gewerbe und Industrien aufbereitet und ist somit Ausgangspunkt für zahlreiche weitere Verwendungsmöglichkeiten für Holz. Die Holzverarbeitenden Unternehmen sind im Holzbau, der Möbel- und Plattenherstellung, der Sägeindustrie und der Skiproduktion sowie in weiteren Holzverarbeitenden Bereichen, etwa der Paletten-Herstellung tätig. Viele Unternehmen der Holzindustrie sind seit Generationen Familienbetriebe und fest in ihren Heimatregionen verwurzelt. Ihre Produkte fertigen sie für die Kunden vor Ort und exportieren sie auch weltweit. Damit tragen sie zu hochqualifizierten Arbeitsplätzen und Wohlstand in den ländlichen Regionen bei.

Der Fachverband der österreichischen Holzindustrie ist Interessenvertreter, Informationsvermittler, Dienstleister und Netzwerker für seine rund 1.300 Mitgliedsunternehmen. Auf nationaler wie auch internationaler Ebene vertritt der Fachverband mit seinen vielfältigen Kompetenzen die Interessen seiner Mitglieder um Rahmenbedingungen zu schaffen, die Wachstum fördern, Beschäftigung sichern und die gesamte Wertschöpfungskette Holz sowie den Industriestandort Österreich zu stärken. Der Verband setzt sich gegenüber nationalen und internationalen politischen Entscheidungsträgern für zielgerichtete sowie praxistaugliche Maßnahmen ein und gestaltet aktiv in Gesetzesprozessen mit. Themen wie effektiver Klimaschutz, effizienter Ressourceneinsatz, Forschung & Entwicklung sowie nachhaltige Umwelt- und Baunormen sind dabei von großer Bedeutung.



## Stark im Export

Die Unternehmen der Holzindustrie blicken auf eine dynamische Marktentwicklung und einen Nachfrageboom zurück. Um die Nachfrage am Markt zu bedienen wurde die Produktion ausgeweitet. Im Jahr 2021 erwirtschaftete die Branche ein Produktionsvolumen von 10,4 Milliarden Euro. Das ist eine Steigerung von 29 Prozent. Die Holzindustrie Österreichs ist traditionell stark im Export und erfolgreich auf den Weltmärkten und konnte 2021 einen Außenhandelsüberschuss von 1,6 Milliarden Euro erzielen. Exporten im Wert von 7,3 Milliarden Euro standen Importe von 5,7 Milliarden Euro gegenüber. Die Hauptexportmärkte sind mit fast 77 Prozent die EU, gefolgt vom restlichen Europa mit 11 Prozent. Bei den Importen ergibt sich ein ähnliches Bild. Der wichtigste Handelspartner ist mit 86 Prozent die EU und das weitere Europa mit 7 Prozent. Damit ist die Holzindustrie ein unverzichtbarer Bestandteil der österreichischen Wirtschaft.

## Herausforderungen in Krisenzeiten

Der Krieg in der Ukraine und die Sanktionen gegen Russland sowie Belarus bringen auch für die Holzindustrie große Herausforderungen mit sich, denn diese Länder sind Lieferanten zahlreicher Holzprodukte. Derzeit ist es unklar, wann sie wieder am Holzhandel teilnehmen werden. Eine sichere Rohstoffversorgung vorausgesetzt, könnten die ausbleibenden Importe aber teilweise durch eigene Produktion ausgeglichen werden. Die Holzwirtschaft ist grundsätzlich gut aufgestellt, da der Rohstoff Holz in Europa vorhanden und nachhaltig nutzbar ist - ein großer und entscheidender Unterschied zu den fossilen Energieträgern. So sind eine nachhaltige Forstwirtschaft und eine leistungsfähige Holzindustrie Garanten für wirtschaftliche Stabilität und sichere Jobs.

Unabhängige und klimafreundliche Wertschöpfungsketten können gestärkt werden, wenn die Wälder Europas weiterhin nachhaltig bewirtschaftet werden und der europäische Rohstoff Holz umfangreich genutzt wird. Im Jahr 2021 wurden



Die Unternehmen der Holzindustrie blicken auf einen Nachfrageboom im letzten Jahr zurück.

18,4 Millionen Festmeter Holz in Österreich geerntet. Die Nachhaltigkeitsgrenze liegt bei 22 bis 25 Millionen Festmeter. 3,6 bis 6,6 Millionen Festmeter könnten also zusätzlich geerntet werden – und zwar nachhaltig. Die europäische Waldfläche hat seit 1990 um 14 Millionen Hektar zugenommen und der Holzvorrat ist um 8,3 Milliarden Festmeter gewachsen. Schätzungsweise 70 Prozent des jährlichen Nettozuwachses an Holz werden in den Wäldern der EU geerntet.

## Wertschöpfung mit Effekt

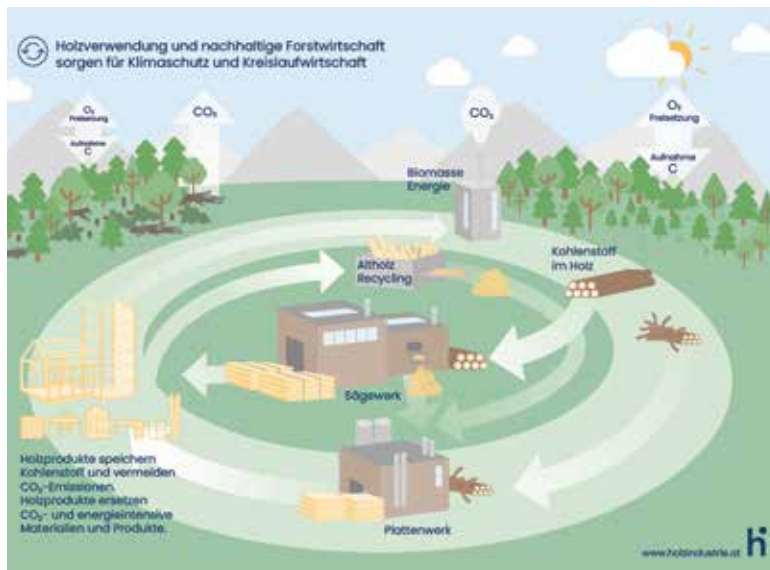
Die Holzindustrie ist ein Schlüsselsektor in der Wertschöpfungskette Forst- und Holzwirtschaft sowie ein unverzichtbarer Bestandteil der österreichischen Wirtschaft. Das zeigt eine Studie des Forschungsinstituts Economica. Die Unternehmen der Holzindustrie erwirtschaften eine direkte Bruttowertschöpfung von mehr als 4,2 Milliarden Euro und stehen damit für einen Anteil von 1,19 Prozent der gesamten österreichischen Wirtschaftsleistung. Inklusiv vor- und nachgelagerter Effekte wird in der Holzindustrie eine Bruttowertschöpfung von knapp 8,1 Milliarden Euro erreicht. Die Holzindustrie erwirtschaftet folglich jeden 44. Euro der österreichischen Brut-



Die Chancen der Digitalisierung werden von den Betrieben der Holzindustrie konsequent genutzt.

towertschöpfung. Mehr als 3,5 Milliarden Euro an Steuern und Abgaben werden unmittelbar und mittelbar durch die Unternehmen der Holzindustrie generiert.

Im gesamten Wertschöpfungsnetzwerk Forst- und Holzwirtschaft wird eine Bruttowertschöpfung von über 20 Milliarden Euro erreicht. Die Forst- und Holzwirtschaft erwirtschaftet jeden 17. Euro der österreichischen Bruttowertschöpfung. Entlang der Wertschöpfungskette Forst- und Holzwirtschaft werden damit 300.000 Arbeitsplätze ge-



Holz ist regional verfügbar und wächst nach, entzieht der Atmosphäre CO<sub>2</sub> und speichert langfristig Kohlenstoff.

sichert. Jeder 15. Arbeitsplatz ist auf die Forst- und Holzwirtschaft zurückzuführen.

Der gesamte Wertschöpfungseffekt der Holzindustrie liegt folglich 4,8 Mal höher, als der unmittelbar in der Holzindustrie generierte Effekt. Innerhalb der Wertschöpfungskette Holz löst jeder Euro, der in der Holzindustrie erwirtschaftet wird, weitere 90 Cent Wertschöpfung im Forst und in weiteren Sektoren aus.

## Umwelt und Forschung

Österreich bekennt sich dazu, bis 2040 klimaneutral zu sein. Hier sind die Unternehmen der Holzindustrie ein wichtiger Faktor, denn sie schaffen nicht nur Arbeit und Wohlstand, sondern tragen auch zur Lösung der Herausforderungen der Klimapolitik bei. Der Rohstoff Holz und seine Verwendung tragen aktiv zum Klimaschutz bei: Es ist regional verfügbar und wächst nach, entzieht der Atmosphäre CO<sub>2</sub> und speichert langfristig Kohlenstoff. Eine langlebige Nutzung von Holzprodukten, etwa in Form von Möbeln oder Baumaterial, verlängert die Speicherung des Kohlenstoffs und unterbindet CO<sub>2</sub>-Emissionen. Außerdem ist Holz wiederverwendbar und wird zunehmend eine Alternative zu CO<sub>2</sub>- und energieintensiven Produkten sowie Materialien.

Die Holzindustrie trägt auch zu einer sauberen und kreislauforientierten Wirtschaft bei. Abfall gibt es in der Holzindustrie nicht. Aus einem Baum werden 100 Prozent wertvolle Produkte gewonnen. Zudem kann Holz wiederverwendet werden, das ist besonders nachhaltig. Altholz kann zum Beispiel in der Plattenindustrie zu neuen Waren weiterverarbeitet werden. Nach mehrfachem Einsatz bleibt die energetische Nutzung. Altholz ist als Sekundärrohstoff ein wichtiger Baustein für eine nachhaltige und umweltfreundliche Kreislaufwirtschaft. Forschung, Entwicklung und Innovation sind wichtige Themen in der Holzindustrie. Die Branche forscht an immer neuen Alternativen zu CO<sub>2</sub>- und energieintensiven Produkten und Materialien. Das macht die Holzindustrie zu einer Zukunftsindustrie für Österreich. So haben die

Unternehmen der Holzindustrie von Österreich aus den Holzbau in der ganzen Welt revolutioniert, indem sie den Holzbaustoff Brettsperrholz, auch CLT (Cross Laminated Timber) genannt, mitentwickelt und weltweit etabliert haben. Heute ist dieser Holzbaustoff die Grundlage für vielfältige Anwendungen im Bauwesen, besonders im mehrgeschossigen Holzbau. Auch Star-Architekten arbeiten rund um den Globus mit dem Know-how und den innovativen Holzmaterialien aus Österreich an bahnbrechenden Gebäuden und schaffen immer neue Dimensionen des Bauens mit Holz.

### Green Jobs für die Zukunft

Green-Jobs, die in der Holzindustrie angeboten werden, sind nicht nur innovativ, sondern auch krisenfest. Mit fast 28.000 Mitarbeitern haben die Unternehmen der Holzindustrie das Vorkrisenniveau gehalten. Jedoch ist der Fachkräftemangel, wie in vielen Branchen, auch in der Holzindustrie ein Thema, denn gut qualifizierte Fachkräfte sind das Rückgrat der Betriebe. Um die besten Leute für eine Ausbildung oder einen beruflichen Start zu finden, unterhält die Branche mit dem Holztechnikum Kuchl ein eigenes Ausbildungszentrum für zukünftige Fachkräfte. Die Holzindustrie arbeitet an der Aufwertung der dualen Ausbildung und plädiert dafür, die Berufsbilder stets zu aktualisieren und an die Erfordernisse der Digitalisierung anzupassen. Die Entwicklungs- und Karriere-Chancen in der Holzindustrie sind sehr gut. Da die Unternehmen der Holzindustrie einerseits in ihren Heimatregionen verwurzelt und andererseits auf der ganzen Welt aktiv sind, bietet sich die Perspektive in der Heimat bleiben zu können und dabei weltweit Kontakte zu knüpfen. Durch die Digitalisierung und das hohe Innovationstempo, ist lebenslanges Lernen für die Mitarbeiter der Holzindustrie unerlässlich. Auch die Möglichkeit in einem Green-Job zu arbeiten ist Anreiz für Bewerber, für die Nachhaltigkeit und Umweltschutz immer mehr an Bedeutung gewinnt. Als Zukunftsbranche suchen die Unternehmen der Holzindustrie nach Fachkräften, die in einer digitalisierten Welt bestehen und gleichzeitig die ökologische Chance dieser Industrie verstehen und mittragen.



Die Holzindustrie trägt auch zu einer sauberen und kreislauforientierten Wirtschaft bei, denn Abfall gibt es nicht.

### Rahmenbedingungen schaffen

Damit die Holzindustrie Österreichs auch weiterhin ihren Beitrag zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätzen, Innovation und zum Klimaschutz leisten kann, arbeitet der Fachverband der Holzindustrie gemeinsam mit seinen Partnern in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik an zukunftsfähigen Rahmenbedingungen.

Der Fachverband fordert eine realistische Politik, die den Fokus auf den europäischen Rohstoff Holz und unabhängige Wertschöpfungsketten legt. Von der Europäischen Union und den Regierungen aller europäischen Länder wird ein klares Bekenntnis zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung und zur stärkeren Holzverwendung gefordert. Das gemeinsame Ziel sollte es, laut Fachverband, sein, Wälder nachhaltig zu bewirtschaften und die Erntemengen verantwortungsvoll zu erhöhen und stärkere Holzverwendung zu unterstützen, statt einzuschränken.

Dafür sind Anpassungen des European Green Deal an die neuen Realitäten in Europa notwendig. Eine Außernutzungsstellung von Waldflächen und damit der Verzicht, die eigenen Rohstoffgrundlage zu nutzen, ist in der aktuellen Situation abzulehnen. ■

Autorin: Helene Tuma



# „Mit einer „Zeitenwende für Holz“ können wir uns von Russland unabhängig machen“



**Fachverbandsobmann Mag. Herbert Jöbstl über die Herausforderungen durch die Corona-Krise und den Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen Sanktionen gegen Russland, die Kooperation in Forschungsfragen mit europäischen Partnern und Holz als Klimaschützer.**

**Herr Mag. Jöbstl, welche Bereiche umfasst die österreichische Holzindustrie?**

Die Holzindustrie Österreichs ist eine der Leitindustrien der heimischen Wirtschaft. Fast 1.300 holzverarbeitende Unternehmen sind aktiv im Holzbau, der Möbel- und Plattenherstellung, der Sägeindustrie und der Skiproduktion. Die Unternehmen der Holzindustrie produzierten 2021 mit ca. 28.000 Beschäftigten einen Warenwert von 10,43 Milliarden Euro und einen Handelsüberschuss von 1,6 Milliarden Euro. Uns eint die Leidenschaft für unseren Werkstoff Holz und der Anspruch an höchste Qualität. Wir stehen für Tradition und richten den Blick in die Zukunft.

**Wie haben sich die Corona-Krise und der Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen Sanktionen gegen Russland auf die Unternehmen des Fachverbandes ausgewirkt?**

Die ersten COVID-Lockdowns haben unsere Produktion und den Kontakt zu unseren Kunden eingeschränkt. Konjunkturprogramme für den Bau und der Trend, das eigene Heim zu verschönern, haben zu einer gesteigerten Nachfrage nach Holzprodukten geführt. Den COVID-Einbruch konnten die meisten Unternehmen wieder ausgleichen.

Der Krieg in der Ukraine und die Sanktionen gegen Russland sowie Belarus stellen uns vor große Herausforderungen. Alle drei Länder sind Lieferanten zahlreicher Holzprodukte. Wir können die ausbleibenden Importe teilweise durch eigene Produktion ausgleichen, dafür benötigen wir eine sichere Rohstoffversorgung. Wir können unabhängige und



klimafreundliche Wertschöpfungsketten stärken, wenn wir die Wälder Europas weiterhin nachhaltig bewirtschaften und den europäischen Rohstoff Holz umfangreich nutzen. Mit einer „Zeitenwende für Holz“ können wir uns von Russland unabhängig machen.

**Wie würde sich ein Wegfallen von Russischem Gas und Erdöl auf die heimische Holzindustrie auswirken?**

Auch uns in der Holzindustrie beschäftigt die Situation intensiv. Unser Anteil am gesamten Gasverbrauch der Industrie ist nicht sehr groß, Alt- und Resthölzer stärken als Biomasse die Eigenversorgung. Aber unsere Betriebe benötigen Gas als Stützbrennstoff und Back-up-Versorgung. Von einer unterbrochenen Gasversorgung wäre die Holzindustrie indirekt betroffen. Wir sind mit weiteren Branchen verbunden und Bestandteil anderer Wertschöpfungsketten. So droht uns der Ausfall von Produktionsmitteln wie Leime für die Weiterverarbeitung oder Harnstoffe für den Betrieb von Nachverbrennungsanlagen zur Emissionsminderung. Es könnte also teilweise zu Produktionsstillständen kommen, mit Folgen für die Bauwirtschaft und damit die gesamte Konjunktur. Energie- und Strompreise würden auch intensiver steigen, ein weiterer Wettbewerbsnachteil für die heimische Wirtschaft.

**Wie groß sind die Themen Forschung, Entwicklung und Innovationen?**

Innovationskraft, Forschung und Entwicklung sind für uns natürlich sehr wichtig, um auch in der Zukunft erfolgreich zu sein. Viele Forschungsfragen sind europäisch, daher kooperieren wir intensiv mit europäischen Partnern. Die wichtigsten Themen sind die Verbesserung der Rohstoffeffizienz sowie die Normung und Zulassung verschiedener Holzarten und -produkte. Intensive F&E Arbeit gibt es bei Verklebungen und Verschraubungen sowie beim Rückbau und Recycling im Baubereich.

Unser Ziel ist es, mit weniger Holzeinsatz mehr zu erreichen und immer weitere Verwendungsmöglichkeiten für Holz zu erschließen sowie die Kreislaufwirtschaft zu stärken. Ambitionierte Kreislauf-

**„Wir können unabhängige und klimafreundliche Wertschöpfungsketten stärken, wenn wir die Wälder Europas weiterhin nachhaltig bewirtschaften.“**

politik stellt eine ausreichende Primär- und Sekundärproduktion (inkl. rascher Genehmigungsverfahren) mit den benötigten Rohstoffen langfristig sicher.

**Wie trägt Holz zur Erreichung der Klimaziele bei?**

Holz ist der ideale Klimaschützer: es wächst nach und entzieht der Atmosphäre CO<sub>2</sub>. Kohlenstoff wird dabei im Holz gespeichert und klimaschädliche CO<sub>2</sub>-Emissionen werden unterbunden. Die Holzindustrie schafft mit ihren Produkten einen „zweiten Wald“ in den Städten und Dörfern. Bäume wachsen nicht endlos, irgendwann verrotten sie und der im Holz gespeicherte Kohlenstoff entweicht als CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre.

Nutzen wir Holz aber langfristig, etwa in Form von Möbeln oder Baumaterial, wird der Kohlenstoff stabil gespeichert und CO<sub>2</sub> bleibt länger gebunden. Der Wald besteht in unseren Holzprodukten fort. Zudem sind Holzprodukte eine Alternative zu CO<sub>2</sub>- und energieintensiven Produkten und Materialien.

**Gibt es aus Ihrer Sicht Wünsche an die Politik, was Rahmenbedingungen hierfür betrifft?**

Der European Green Deal wurde im Jahr 2019 vorgestellt, also vor der COVID-Pandemie und vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine. Nun braucht es Realpolitik und den Fokus auf das Machbare, also die Anpassungen des Green Deals an die neuen Realitäten in Europa. In der Holzindustrie benötigen wir unseren Rohstoff Holz. Dazu ist es wichtig, dass die nachhaltige Waldbewirtschaftung in Europa weiterhin möglich bleibt und politische Gedankenspiele der Außer-Nutzung-Stellung von Waldflächen nicht umgesetzt werden. ■

Interview: Helene Tuma

# Die internationale Konjunktorentwicklung

Die Wirtschaftszahlen sind gegenwärtig relativ gut, obgleich erste – vorlaufende – Indikatoren Anlass zur Sorge geben. Deutlich größere Sorgen bereitet aber der Umstand, dass die Politik noch nicht einmal begonnen hat, sich mit den Konsequenzen der beschleunigten Inflationsentwicklung zu befassen.

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Nach zwei Jahren, in denen die Konjunktorentwicklung primär von der Corona-Pandemie abhing, ist sie nun vor allem vom Ukraine-Konflikt geprägt – somit wieder von einem außerökonomischen Faktor. Durch die Versuche der wirtschaftlichen Isolierung Russlands bekommt dieser – tragische – Regionalkonflikt globale wirtschaftliche Dimension.

Ursprünglich war von der Mehrzahl der Ökonomen erwartet worden, dass das Jahr 2022 ein weiteres, starkes Wachstumjahr sein wird (nach + 6,1 % globales Wirtschaftswachstum in 2021): In seiner Herbstprognose hat der Internationale Währungsfonds (IMF) ein reales Wachstum der Weltwirtschaft von fast fünf Prozent genannt. Bereits gegen Ende des Jahres 2021 haben sich die konjunkturellen Warnsignale verstärkt, sodass mehrere Prognoseinstitute um den Jahreswechsel ihre Erwartungen zurück genommen haben. Der Ukrainekrieg und die damit verbundenen Sanktionen haben die Wachstumserwartungen für 2022 schmelzen lassen, auf zuletzt 3,6 % in der Aprilprognose des IMF und 3,2 % in der Maiprognose der Europäischen Union (EU). Diese Wachstumsraten sehen im Vergleich zu den Erwartungen zwar sehr bescheiden aus, liegen aber nicht wesentlich unter der durchschnittlichen globalen Wachstumsrate der 2010er Jahre (3,7 %).

Speziell für die EU-Länder sind die Wirtschaftsprognosen weiterhin vergleichsweise günstig: Die Maiprognose der EU geht von einem Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union von 2,7 % aus; dieser Wert hätte in den 2010er Jahren zu den höchsten Wachstumsraten gezählt. Allerdings geht diese Prognose davon aus, dass der Ukrainekrieg und die Wirtschaftssanktionen „nur“ einen Preis-

effekt auf die Energiekosten in Europa haben werden; die Entwicklung sieht völlig anders aus, wenn insbesondere im Erdgasbereich seitens des Lieferlandes (Russland), des Transitlandes (Ukraine) oder des Empfängers (EU) ein Boykott beschlossen wird: Sollte eine Rationierung von Erdgas notwendig werden, ist rasch der Punkt erreicht, an dem die Wirtschaftsleistung in EU-Europa schrumpft.

Die Prognosen sind also weit günstiger, als die Einschätzung der Wirtschaftslage in Umfragen. Der EU Business and Consumer Survey hat sich mit Beginn des Ukrainekriegs schlagartig verschlechtert, und zwar erheblich. Vorerst hat die Stimmung und Einschätzung gelitten, von Monat zu Monat hat sich aber auch der Rückblick auf die jüngste Entwicklung eingetrübt; die Rückmeldungen der Industrie über die aktuellen Auftragsstände haben sich im Mai 2022 markant verschlechtert. Dazu passt, dass die jüngste Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung, die April 2022 veröffentlicht wurde, eine insgesamt günstige aktuelle Geschäftslage gezeigt hat, aber eine deutliche Verschlechterung hinsichtlich der künftigen Produktionserwartung. Schließlich signalisieren auch die von der OECD erhobenen vorlaufenden Indikatoren eine doch spürbare Eintrübung der Konjunkturaussichten in den europäischen Ländern. All dies könnte darauf hindeuten, dass der Verlust an Wachstumsdynamik in Europa größer ausfallen könnte, als derzeit die Prognosen signalisieren.

Unter der Annahme, dass außer höheren Rohstoffpreisen – insbesondere höheren Energiepreisen – keine weiteren Auswirkungen der Ukraine Krise auftreten, kommt es zu einem überraschenden Effekt, der bislang von Ökonomen wenig beachtet

wurde: Der Preiseffekt dürfte die Entwicklungsländer – sofern sie nicht Exporteure von (Energie-) Rohstoffen sind – tendenziell stärker treffen als die Industrieländer. Entwicklungsländer sind aufgrund ihrer Wirtschaftsstruktur stärker von Rohstoffpreisentwicklungen abhängig, vergleichbar mit der höheren Abhängigkeit der europäischen Länder von der Erdölpreisentwicklung in den 1970er Jahren. Zusammen mit dem stark gestiegenen Preisniveau für Lebensmittel dürfte das zu einer Zunahme an gesellschaftlichen Spannungen in Entwicklungsländern führen, insbesondere bei der städtischen Bevölkerung.



Rund vierzig Jahre lang war Inflation in den Industrieländern (fast) kein Thema. Nun sind die Inflationsraten in kurzer Zeit stark angestiegen. Ihren Ausgang genommen hat der Inflationsanstieg in der Corona-Krise, als Folge eines „mismatch“ von Angebot und Nachfrage; in den Lockdowns hat sich der Nachfragemix stark gewandelt, in der raschen Erholung nach der Krise hat sich die Nachfrage nochmals verändert. Da gleichzeitig die Industrieländer mit massiven Coronahilfen die Nachfrage insgesamt hoch gehalten haben, hat sich eine Beschleunigung der Inflation ergeben, die durch die starke Wachstumsrate 2021 (und die Aussichten auf ein fortgesetztes Wachstum 2022) weiter angeheizt wurde. Die bekannten Probleme in den Lieferketten haben ebenfalls einen Beitrag geleistet: Man war in der temporären Verknappungssituation bereit, höhere Preise zu zahlen, da sich diese Preise auch am Markt unterbringen ließen.

Bis zum Ausbruch des Ukrainekrieges konnte man erwarten, dass dank einer langsamen Auflösung der Lieferkettenprobleme, der Verstetigung der Nachfrage und der Ausweitung des Angebots die steigende Inflationsrate in absehbarer Zeit – auch ohne Maßnahmen der Notenbanken – wieder in den Zielkorridor rückgeführt werden können. Allerdings war immer schon klar, dass die ambitionierte EU-Politik bezüglich Klimaschutz und Umstieg auf erneuerbare Energieträger zu einer tendenziell erhöhten Basisinflation führen wird.

Nunmehr treffen die transitorische Corona-Inflation und der Beginn der strukturellen Inflation aufgrund der Energiewende zusammen mit einem inflationären Schock aufgrund der tatsächlichen, erwarteten und angedrohten Maßnahmen und Effekte des Ukrainekriegs. Jetzt geht es nicht mehr um einen oder zwei Prozentpunkte an zusätzlicher Inflation, sondern um eine Inflationsrate, die (gegenwärtig) beim vierfachen des angestrebten Zielkorridors liegt. In dieser Situation müsste die Politik jede Verfestigung der Inflation und der Inflationserwartungen energisch bekämpfen. Dies setzt vor allem eine differenzierte Betrachtung voraus: Die externe, durch eine politisch gewollte (und nun ganz massiv beschleunigte) Verteuerung der Energiekosten ausgelöste Inflation kann kein sinnvoller Teil jener Inflationsrate sein, die geldpolitischen Entscheidungen zugrunde liegt. Sie kann aber letztlich auch nicht sinnvoll durch Preis- oder Lohn erhöhungen abgegolten werden.

Die Politik muss sich dringend darüber Gedanken machen, wie man die schleichenden inflationären Folgen der Energiewende und die galoppierenden Inflationsfolgen der Ukraine Krise bzw. Russland-sanktionen geldpolitisch und verteilungspolitisch sinnvoll begleitet. Wenn sie die geldpolitische Lösung nicht schafft, stehen die Staatshaushalte mittelfristig vor unbezahlbaren Zinslasten, wenn man die verteilungspolitischen Lösungen nicht hinbekommt, dann stehen die Staaten vor massiven sozialen Konflikten. ■

# Die Konjunkturaussichten trüben sich ein, der Weitblick bleibt

Trotz aller Widrigkeiten wird geforscht. Forschungsimpulse müssen jetzt mehr denn je gesetzt werden.

Mag. Andreas Mörk

Eine Kombination an problematischen Faktoren wirkt seit Monaten auf die heimische Wirtschaft, allen voran die heimischen Industriebetriebe. Gepaart mit der hohen Unsicherheit ist dies eine explosive Mischung: Laut WIFO-Konjunkturtest vom April 2022 bleibt die Unsicherheit weiterhin auf hohem Niveau. Gleichzeitig werden die Aussichten getrübt durch sich häufende Meldungen über Mangel an Material. Die Europäische Kommission sieht die Material- und Personalknappheit auf einem Höchststand: Rund jeder zweite Industriebetrieb in Österreich ist von Materialengpässen betroffen, jedes fünfte Industrieunternehmen leidet unter Personalknappheit. Hohe Rohstoff- und Energiepreise und nach wie vor anhaltende Lieferengpässe und -probleme belasten die Konjunktur.

Strom-Großhandelspreise sind weiter auf Rekordkurs. Laut Österreichischer Energieagentur steigt der Österreichische Strompreisindex (ÖSPI) im Juni 2022 weiter. Im Vergleich zum Juni des Vorjahres liegt der ÖSPI um 202,7 % höher und ist damit drei Mal so hoch wie im Vorjahr 2021. Auch der Österreichische Gaspreisindex (ÖGPI) bleibt auf sehr hohem Niveau, die Gas-Großhandelspreise steigen im Juni 2022 erneut. Im Vergleich zum Juni 2021 liegt der ÖGPI heuer im Juni um 424,3 % höher, so die Österreichische Energieagentur.

Teure Energie und Treibstoffe fachen die Inflation im Mai 2022 weiter an. Laut Schnellschätzung der Statistik Austria beträgt die Inflationsrate für Mai voraussichtlich 8,0%. Eine derart hohe Inflationsrate gab es zuletzt im

September 1975. Das Ölembargo der EU gegen Russland ebenso wie Erhöhungen bei Strom- und Gasstarifen führten dazu, dass die Teuerung im Wonnemonat stärker ausfiel als erwartet. Insbesondere seit dem Herbst 2021 steigt die Inflation stetig; mit weiteren Teuerungen für die Konsumenten ist zu rechnen. Laut WIFO dauert es in etwa ein halbes Jahr bis Steigerungen bei den Erzeugerpreisen beim Konsumenten landen.

Laut Statistik Austria erreicht der Erzeugerpreisindex für den Produzierenden Bereich im April 2022 117,2 Punkte (2021=100; +21,5 % gegenüber April 2021). Maßgebliche Treiber für den Indexanstieg im April 2022 sind Preisanstiege für Energie (+53,2%) und Vorleistungsgüter (+19,4%). Während es im Bereich Energie vor allem industriell erzeugte Gase, elektrischer Strom oder Mineralölerzeugnisse sind, wirken bei den Vorleistungsgütern Preisanstiege in der Metallerzeugung und -bearbeitung (z. B. Preise für "Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen" bzw. "Nichteisen-Metalle und Halbzeug daraus") oder der chemischen Industrie (z. B. „chemische Grundstoffe, Düngemittel und Stickstoffverbindungen, Kunststoffe in Primärform und synthetischen Kautschuk in Primärform“) auf den Index ein.

Wie die teils massiven Preissteigerungen gerade in den letzten Monaten auf die nominellen Produktionswerte der Industrie insgesamt wirken, zeigt sich etwa bei einer zeitlichen Aufschlüsselung. Die Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen sowie die Mineralölindustrie sind jene Bereiche der Industrie, in denen sich Preiseffekte besonders deutlich zeigen. Im Schnitt lag der Anteil der abgesetzten Produktion dieser beiden Fachverbände an der Industrie insgesamt im Jahr 2021 bei 23 %, mit steigender Tendenz seit dem zweiten Quartal 2022. Im vierten Quartal 2021 lag dieser Anteilswert bei 31 %, im Jänner 2022 bei beachtlichen 37 %. Es ist



Mag. Andreas Mörk

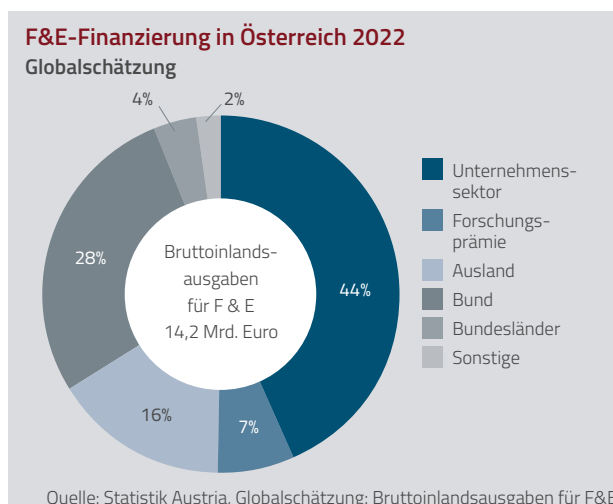


nicht notwendigerweise die Menge, die in den letzten Monaten steigt, sondern vor allem der Preis, der sich in der Dynamik signifikant widerspiegelt.

Die Konjunkturaussichten sind trübe. Der UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator ist im April 2022 weiter eingebrochen, im Mai 2022 trübte sich die Industriekonjunktur noch weiter ein. Der Krieg in der Ukraine fordert seinen Tribut, die Lockdowns in China tun ihr übriges. Die Industrieunternehmen tun Ihr Möglichstes, um weiterhin am Weltmarkt zu bestehen und nach vorne zu schauen. Trotz aller Widrigkeiten wird geplant, geforscht und dynamisch agiert.

Laut Globalschätzung der Statistik Austria wird der Unternehmenssektor im Jahr 2022 voraussichtlich 6,2 Mrd. Euro für Forschung und Entwicklung (F&E) ausgeben – damit wäre das Vorkrisenniveau überschritten (2019: 6,0 Mrd. Euro). Werden die Ausschüttungen durch die Forschungsprämie in der Höhe von rund einer Milliarde Euro noch hinzugezählt, dann finanziert der Unternehmenssektor mehr als die Hälfte der für 2022 prognostizierten F&E-Ausgaben in Österreich von insgesamt 14,2 Mrd. Euro. Zudem werden 2,2 Mrd. Euro aus dem Ausland finanziert, vorwiegend von Unternehmen, deren Tochterunternehmen in Österreich forschen. Summa summarum finanziert der Unternehmenssektor zwei Drittel der durchgeführten Forschung und experimentellen Entwicklung in Österreich (9,4 Mrd. Euro).

Neben dem Unternehmenssektor finanzieren der Bund, die Bundesländer und sonstige Akteure (z. B. Kammern, Sozialversicherungsträger) rund ein Drittel der F&E. Insgesamt sollen sich die F&E-Ausgaben 2022 auf voraussichtlich 14,2 Mrd. Euro belaufen, das wäre eine Forschungsquote von 3,26% (Anteil am BIP). Allerdings betont die Statistik Austria, dass diese Schätzungen aufgrund der aktuellen Situationen – wie der COVID-Pandemie oder dem Krieg in der Ukraine – mit Unsicherheiten behaftet sind.



Die Coronapandemie ebenso wie die digitale und grüne Transformation stellen Industrieunternehmen vor enorme Herausforderungen. Insbesondere für Industrieunternehmen gilt es das „klassische F&E-Portfolio“ zu stärken, das die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) anbietet, Technologieoffenheit ist dabei für die heimischen Akteure essentiell. Laut FFG verzeichnete man 2021 ein Plus von rund 40 Prozent bei Anträgen in den Basisprogrammen sowie stark überzeichnete Ausschreibungen. Fazit: 292 Mio. Euro an positiv bewerteten Projektanträgen konnten nicht finanziert werden. Gerade in schwierigen Zeiten ist F&E essenziell für künftiges Wachstum. Die Industrie hat in den letzten Jahren gezeigt, dass sie ein robuster Kern der heimischen Wirtschaft ist, ein starkes Fundament und ein wesentlicher Netzwerkknoten im Wirtschaftsgeflecht. Mit adäquaten Rahmenbedingungen und der notwendigen Unterstützung kann sie dies auch bleiben.

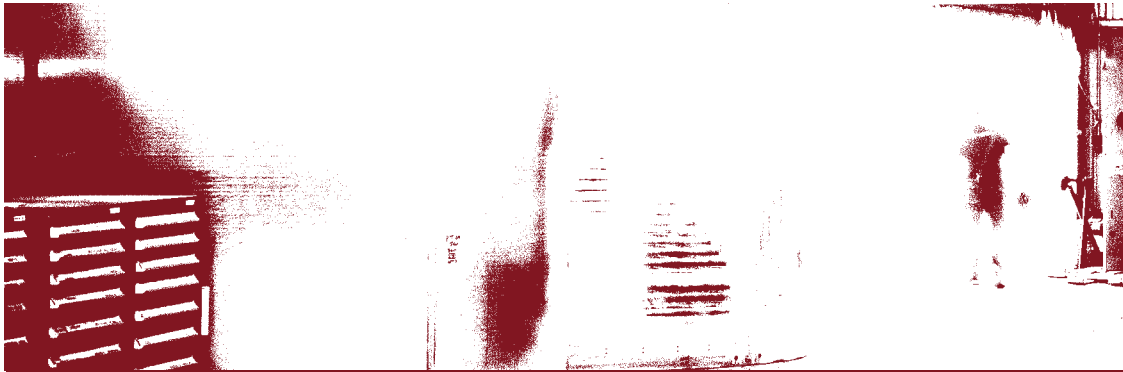
### Abgesetzte Produktion der Industrie

Abgesetzte Prod in Mrd. Euro	2021					2022	
	Jän-Dez	Q1	Q2	Q3	Q4	Jän	Feb
Industrie insgesamt	202,2	45,2	47,6	50,0	59,4	19,6	19,7
Industrie insgesamt (ohne Gas/Wärme & Mineralöl)	155,5	35,9	39,3	39,2	41,1	12,4	13,6
Gas/Wärme & Min.öl	46,7	9,3	8,3	10,8	18,3	7,2	6,1
Anteil Gas/Wärme & Mineralöl an Industrie insgesamt	23%	21%	17%	22%	31%	37%	31%

Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik, Sonderauswertung in Kammersystematik; vorläufige Werte für 2021 und 2022

# Branchenübersicht

## Steigerung der industriellen Produktion



### Übersicht der einzelnen Branchen in ihrer Entwicklung

Einschätzung 2. Quartal 2022	Abgesetzte Produktion		Beschäftigte <sup>1)</sup>		Auftrags- einträge
	4.Q21/4.Q20 in Prozent	Einschätzung 2.Q22/2.Q21	4.Q21/4.Q20 in Prozent	Einschätzung 2.Q22/2.Q21	Einschätzung 2.Q22/2.Q21
Bergwerke und Stahl	50,4	↔	0,5	↔	↔
Stein- und keramische Industrie	5,6	↔	0,5	↔	↔
Glasindustrie	-0,5	↔	-14,0	↔	↔
Chemische Industrie	21,5	↔	1,0	↔	↔
Papierindustrie	36,7	↔	-4,6	↔	↔
PROPAK – Ind. Herst. von Produkten aus Papier und Karton	13,4	↑	1,8	↔	↑
Bauindustrie	7,0	↔	-0,2	↔	↔
Holzindustrie	16,8	↔	-0,7	↔	↔
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	14,3	↔	-1,0	↔	↔
Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie	9,8	↓	-1,5	↔	↔
NE-Metallindustrie	42,4	↔	4,1	↔	↓
Metalltechnische Industrie	19,0	↑	-0,6	↔	↑
Fahrzeugindustrie	-15,5	↔	-5,6	↔	↔
Elektro- und Elektronikindustrie	9,2	↔	0,8	↔	↔
<b>Industrie gesamt</b>	<b>36,9</b>	↔	<b>-0,8</b>	↔	↔

Anm.: Vorläufige Daten 2021;

<sup>1)</sup> Eigenpersonal; Dynamik der Industrie insgesamt (inkl. Mineralölind., Gas- und Wärmeversorgungsunt.)

Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik, Sonderauswertung nach Kammerstatistik

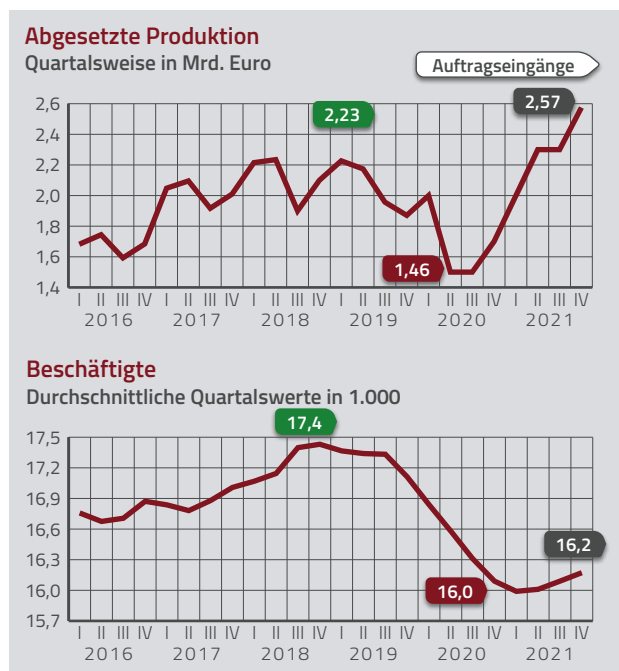
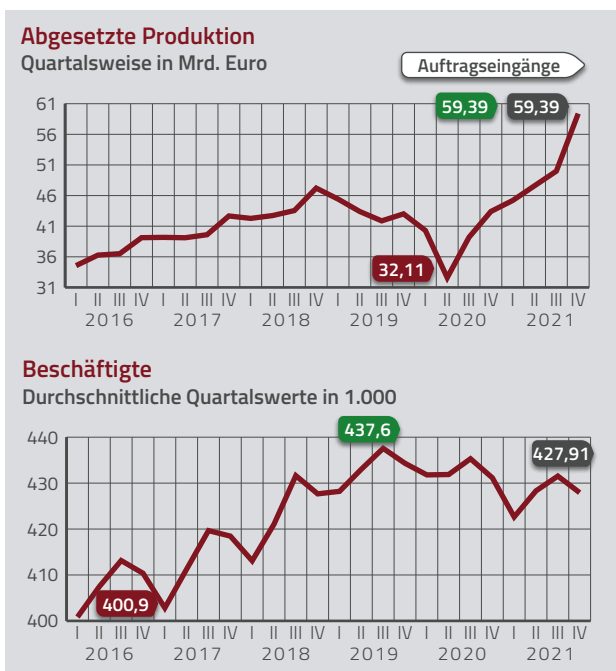
## Gesamtindustrie

Die Zeichen stehen in vielen Industriefachverbänden auf Stabilität, sofern das 2. Quartal 2022 mit dem 2. Quartal 2021 verglichen wird. Neun der 14 Fachverbände erwarten keine bzw. nur geringfügige Veränderungen bei der Produktion, der Beschäftigung bzw. den Auftragseingängen. Dieser Tendenz gegenläufig ist die Metalltechnische Industrie, die im abgefragten Zeitfenster stark steigende Produktion bzw. Auftrags-eingänge erwartet (über +10 %). Leicht steigend (zw. +3 % und +10 %) fällt die Einschätzung diesbezüglich in der PROPAK aus. Im Unterschied dazu wird die abgesetzte Produktion in der Textil-, Bekleidungs-, Leder- und Schuhindustrie leicht fallend ausfallen ebenso wie die Auftragseingänge in der Bergwerke und Stahlindustrie bzw. der NE-Metallindustrie. ■

## Bergbau und Stahl

Der Ukrainekrieg hat für die Bergbau- und Stahlindustrie erhebliche Auswirkungen. Die seit letztem Jahr rasant gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise sind im 1. Quartal auf einem sehr hohen Niveau geblieben und dämpfen die Erträge erheblich. Die anhaltend hohe Inflation, bei gleichzeitig stagnierender bzw. rückläufiger Produktion erhöht die Gefahr einer Stagflation. Der Krieg und die Sanktionen wirken sich besonders kritisch auf die Versorgung mit Erdgas aus, das für fast alle Produktionsprozesse unbedingt erforderlich ist. Der zunehmende Trend zur E-Mobilität in der Automobilbranche, die nach wie vor bestehenden Liefer Schwierigkeiten der Halbleiterindustrie sowie Lieferengpässe durch Ausfälle von Vorprodukten aus der Ukraine führen zu einem Rückgang der Nachfrage entlang der Wertschöpfungsketten für konventionelle Antriebe. Die Nachfrage aus den Bereichen Bau, Maschinenbau ist im Wesentlichen unverändert. Die anhaltenden Investitionen in die Bahninfrastruktur sorgen weiterhin für eine gute Auftragslage der Mitgliedsbetriebe. Mit den steigenden Öl- und Gaspreisen ist zuletzt eine deutliche Erholung im Bereich der Energieinfrastruktur eingetreten, die sich weiter fortsetzt. Auch in der Luftfahrtindustrie besteht nach wie vor eine gute Nachfrage. ■

■ höchster Wert zum Zeitpunkt des Ausschlags, ■ niedrigster Wert zum Zeitpunkt des Ausschlags, ■ aktueller Wert, Neigung zeigt die Tendenz

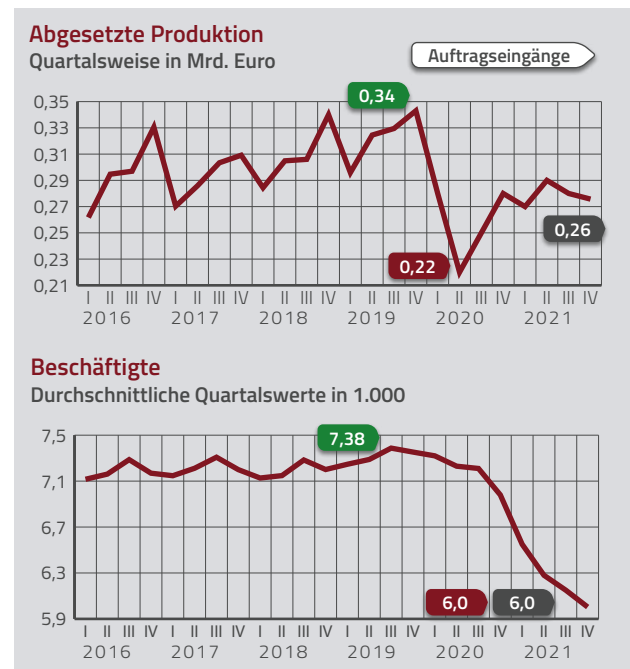
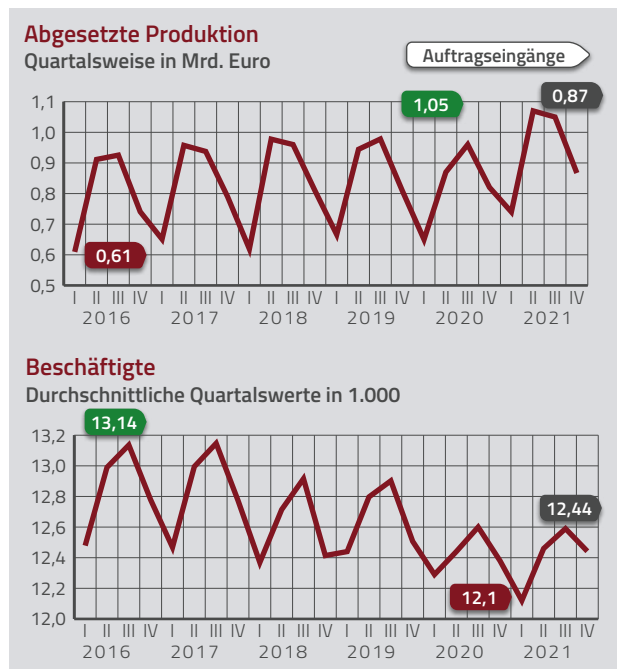


## Stein- und keramische Industrie

Die hohe Auslastung der Baustoffindustrie bringt für die Kunden entsprechende Vorlaufzeiten für die Umsetzung von Bauprojekten mit sich. Experten sehen aber den Zenit im Neubau überschritten und gehen davon aus, dass in absehbarer Zeit mehr Kapazitäten für die dringend benötigte Steigerung der Gebäudesanierung zur Verfügung stehen werden. Die Exportsituation ist nach wie vor schwierig was Preise, Transportkapazitäten und Einhaltung von Lieferzeiten, anbelangt. Ein großes Problem im Export stellt die mangelnde Verfügbarkeit von EURO-Paletten dar, weil der Palettenaustausch mit China seit einiger Zeit stockt. Die enormen Kostensteigerungen besonders bei Energie und Baustahl führen zu Preissteigerungen bei Bauprodukten und deren Vorprodukten. Dies verteuerte das Bauen im Jahr 2022 zum Teil so stark, dass maßgebliche Experten von einem Einbruch im Einfamilienhausbau sprechen. Aber auch im gewerblichen Wohnbau ist ein Rückgang zu verzeichnen aufgrund der aktuell kaum kalkulierbaren Baukosten für Neubauprojekte. Trotz voller Auftragsbücher wirken sich die vielen Unsicherheitsfaktoren negativ auf das Investitionsklima aus. ■

## Glasindustrie

Der Ukraine-Krieg verschärft die bereits angespannte Lage bei den Energie- und Materialpreisen und der Verfügbarkeit von Rohstoffen und Vormaterialien weiter. In der glasbe- und -verarbeitenden Industrie fahren manche Unternehmen bereits Verluste ein, da die Kosten aufgrund langfristiger Verträge oftmals nicht angepasst werden können (z. B. Sozialwohnbau). Bei bestimmten Glastypen kann es zu etwas längeren Lieferzeiten kommen. Im Bereich Tableware sind die Auftragsbücher gut gefüllt und die wichtigsten Absatzmärkte Nordamerika und Europa haben kräftig angezogen. Um die aktuellen Kostensteigerungen zu decken, mussten die Preise jedoch angehoben werden. In der Schmuckindustrie geht es weiter in die richtige Richtung, Auftragslage und Umsatzentwicklung haben sich leicht verbessert. Die energieintensive Behälterglasindustrie ist gut ausgelastet, kämpft aber mit den explodierenden Gaspreisen und Rohmaterialkosten. Diese können ergebnisseitig nicht kompensiert und bis jetzt kaum eingepreist werden. Drohende Engpässe bei der Gasversorgung sorgen zusätzlich für Unsicherheit in der Branche. ■





## Chemische Industrie

Die chemische Industrie ist auf Grund des Ukraine-Krieges derzeit mit in den letzten Jahrzehnten noch nicht dagewesenen Unsicherheiten konfrontiert. Die Frage der ausreichenden Verfügbarkeit von Gas sowie die stark gestiegenen Energiepreise einerseits und zunehmende Schwierigkeiten bei der Verfügbarkeit von Rohstoffen bringen enorme Unabwägbarkeiten bei gleichzeitig (noch) stabilen Auftragseingängen. Trotz aller Unwägbarkeiten konnte das Vorkrisenniveau 2021 umsatzmäßig bereits deutlich überschritten werden und das erste Halbjahr 2022 gestaltet sich nach wie vor wirtschaftlich stabil, auch wenn die Herausforderungen in vielen Bereichen stetig zugenommen haben. Auf Grund der derzeit noch hohen Nachfrage können Preissteigerungen bei den Vormaterialien mittlerweile von vielen Firmen weitergegeben werden – die Unternehmen rechnen jedoch mit einem deutlichen Produktionsrückgang ab Herbst. Zusätzlich entwickelt sich auch der Fachkräftemangel immer mehr zu einem limitierenden Faktor. Offen und dabei entscheidend für die künftige wirtschaftliche Entwicklung ist nicht zuletzt die Frage, wie angesichts der neuerlichen Krisensituation die notwendigen Investitionen Richtung Zukunftstrends, insbesondere sämtliche Green Deal-Anwendungen, finanziert werden können.

## Papierindustrie

Mit einem Aufschwung konnte die Branche die großen Mengenverluste durch die Corona-Krise, besonders im grafischen Bereich, in 2021 wieder aufholen. Der Trend bis Februar 2022 wurde allerdings von hohen Kosten in fast allen Bereichen und in Folge von steigenden Preisen für Papier begleitet. Im März 2022 haben sich die Energiekosten durch den Ukraine-Krieg noch einmal dramatisch verschärft, vor allem für Strom und Gas. Im 1. Quartal 2022 entwickelte sich die Papierproduktion sowohl beim grafischen Papier als auch bei Verpackung weiter nach oben (+1,1%), ebenso Zellstoff für Papier (+3,2%). Die Umsätze sind seit Jahresbeginn um fast 40 Prozent gestiegen, aber viele Standorte haben Probleme damit, dass die Erlöse mit den stark steigenden Produktionskosten mithalten können. Vor einem Jahr kostete Altpapier durchschnittlich 100 Euro pro Tonne, mittlerweile sind es 180. Auch der Zellstoffpreis der Referenz-Sorte NBSK ist hoch, er stieg von 900 auf 1.380 Dollar. Zuletzt fingen auch die Kosten für Holz an zu steigen. Aber den größten Einfluss haben zurzeit die Energiekosten, deren Preis sich am Spot-Markt bis zu verzehnfacht hat.

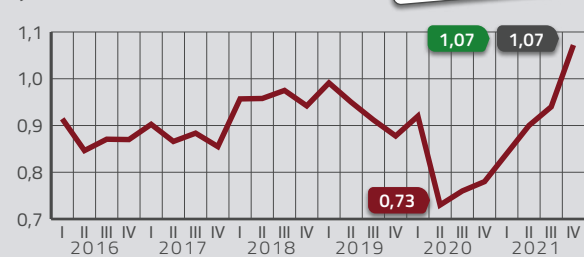
**Abgesetzte Produktion**  
Quartalsweise in Mrd. Euro



**Beschäftigte**  
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



**Abgesetzte Produktion**  
Quartalsweise in Mrd. Euro



**Beschäftigte**  
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



## PROPAK – Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton

Die PROPAK Industrie geht flach ins 2. Quartal. Die Wertschöpfung steht durch exorbitante Kostenerhöhungen unter Druck. Aufgrund der aktuellen Lage ist die zukünftige Entwicklung sehr schwer abzuschätzen, die PROPAK Unternehmen sollten aber auf Kurs „BIP plus“ sein. Die Produktionskosten sind seit Pandemiebeginn stark gestiegen. Beim dominierenden Rohstoff haben sich die Kosten bis zu 100 Prozent erhöht. Der Anteil der Energiekosten hat sich verdreifacht. Die Abhängigkeit von Gas ist in der Verarbeitung nicht so groß wie in der Papiererzeugung, es gibt allerdings kritische Bereiche wie die Wellpappeindustrie. Und die Abhängigkeit der Vorstufe schlägt auch auf die Branche durch. Produkte aus Papier und Karton sind unverzichtbar für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftssystems, der Infrastruktur und des Gemeinwesens (Ernährung, Medikamente, Hygiene etc.), dementsprechend ist die Nachfrage relativ unelastisch. Besonders von Interesse ist eine Würdigung als kritische Infrastruktur. In den Diskussionen um Energie-Embargos muss die Rationalität entscheiden. Angesichts der galoppierenden Inflation, die auf die Lohn-/ Gehaltsabschlüsse wirkt, wären für die PROPAK Industrie eine steuerliche Erleichterung für Einmalzahlungen/ Prämien wünschenswert.

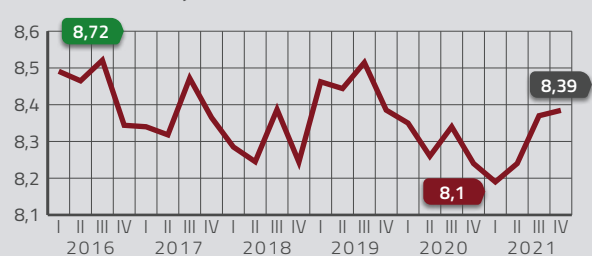
## Bauindustrie

Die Auftragsbestände der Unternehmen im Hoch- und Tiefbau sichern mittelfristig eine gute Auslastung der Produktionskapazitäten. Aber auch im 2. Quartal 2022 setzen sich die dynamischen Teuerungen preissensibler Baumaterialien, wie Stahl, Bitumen, Ziegel, Zement etc. weiter fort. Betonstahl ist allein seit Jahresbeginn um mehr als 50 Prozent teurer geworden. Das bedeutet gegenüber dem (ohnehin bereits hochpreisigen) Vorjahresquartal eine Verdoppelung des Stahlpreises. Eine Entspannung der Lage ist in hohem Ausmaß auch von der Entwicklung der Energiekosten abhängig und damit kurzfristig nicht in Sicht. Aufgrund der dynamischen Anstiege bei Material- und Energiekosten werden bereits Projekte gestoppt und Ausschreibungen zurückgezogen. Neben der Kostenentwicklung ist auch die Verfügbarkeit wesentlicher Baumaterialien nicht gesichert. Mehr als ein Drittel der beim aktuellen WIFO Konjunkturtest befragten Bauunternehmen gaben Materialmangel als Produktionshemmnis an. Der Beschäftigtenstand im Hoch- und Tiefbau liegt deutlich über dem Vorkrisenniveau, dennoch haben rund 40 Prozent der Unternehmen Kapazitätsengpässe aufgrund von Arbeitskräftemangel.

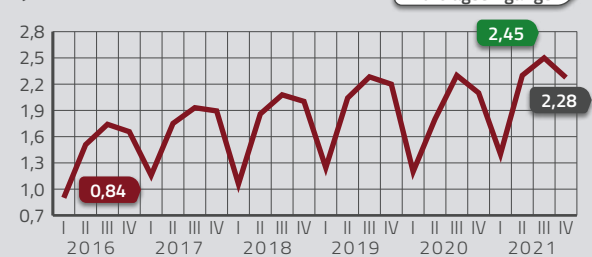
**Abgesetzte Produktion**  
Quartalsweise in Mrd. Euro



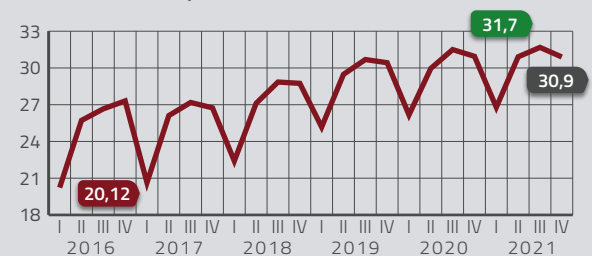
**Beschäftigte**  
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



**Abgesetzte Produktion**  
Quartalsweise in Mrd. Euro



**Beschäftigte**  
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



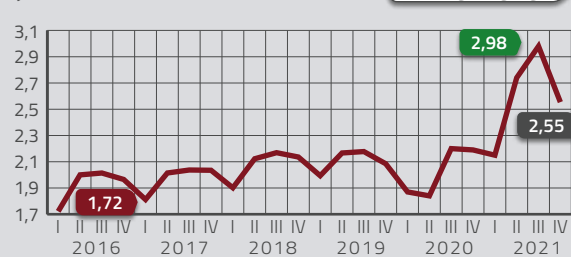
## Holzindustrie

In der Holzindustrie ist die Auftragslage weiterhin auf einem guten Niveau, wenngleich sich eine leichte Abschwächung für das 3. Quartal abzeichnet. Produktionsseitig befindet man sich auf einem unverändert hohen Niveau. Als Folge des Krieges in der Ukraine kommt es weiterhin zu schwer prognostizierbaren Entwicklungen im Energie- und Vormaterialbereich. Lieferengpässe nehmen zu und erschweren den Produktionsfluss. Aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage in Europa und in den wesentlichen Überseemärkten (Nordamerika und MENA) bleiben die Exportzahlen auf stabilem Niveau. Massive Transport- und Logistikengpässe führen aber schon zu massiven Verzögerungen sowohl bei der Beschaffung als auch beim Export. Die Einkaufspreise bei Rundholz sind auf einem Höchststand, zudem befinden sich die Produktionskosten ebenso auf einem extrem hohen Niveau, was in Verbindung mit den gesteigerten Energie- und Logistikkosten eine große Belastung für alle Berufsgruppen der Holzindustrie darstellt. Eine verstärkte Nutzung des Zuwachses bis zur Nachhaltigkeitsgrenze im europäischen Wald muss gerade jetzt angedacht werden, wo Europa sich auf die eigenen Ressourcen konzentrieren muss.

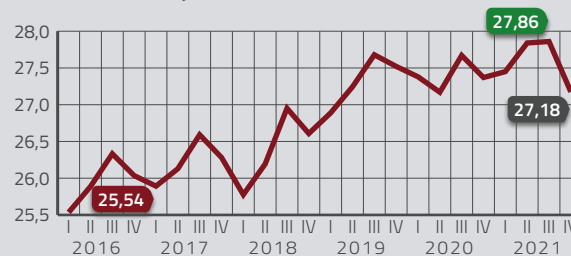
## Nahrungs- und Genussmittelindustrie

Seit Monaten kämpfen die Lebensmittelbetriebe mit einer historischen Kostenwelle, die pandemie- und erntebedingt die Preise für Energie, Rohstoffe und Verpackung in unvorhersehbare Höhe treibt. Damit nicht genug, haben sich Logistik- und Frachtkosten vervielfacht, es gibt Engpässe bei Paletten, Containern und LKW-Fahrerinnen und -Fahrern. Die Lage hat sich nun durch die Folgen des Ukraine-Kriegs nochmals dramatisch verschärft, was sich auch in einer weiterhin steigenden Inflation und den damit verbundenen Verteuerungen von vielen Lebensmitteln, Getränken und Futtermitteln deutlich zeigt. Der Inlandsmarkt ist durch die anhaltend hohe Handelskonzentration unverändert angespannt und lässt für viele Unternehmen nach wie vor keine wirtschaftlich notwendigen Spielräume zu. Die tägliche Vielzahl an „Aktionen“ und „Extrem Aktionen“ im Lebensmitteleinzelhandel stellen viele Branchen der österreichischen Lebensmittelindustrie auch vor dem Hintergrund der aktuellen Auswirkungen des Ukraine-Kriegs und der damit verbundenen Preisanpassungen vor neue große Herausforderungen.

**Abgesetzte Produktion**  
Quartalsweise in Mrd. Euro



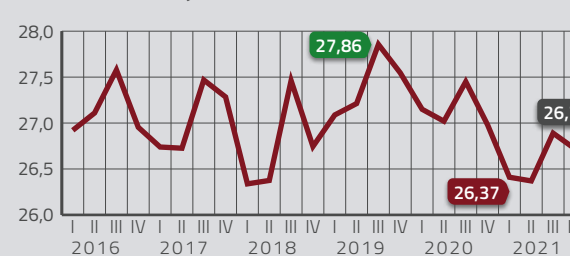
**Beschäftigte**  
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



**Abgesetzte Produktion**  
Quartalsweise in Mrd. Euro



**Beschäftigte**  
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



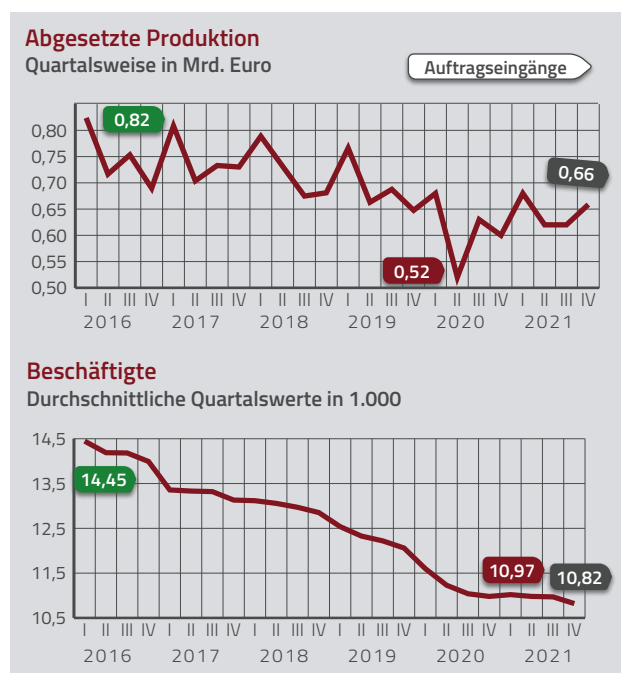
## Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie

**B**ekleidungsindustrie: Die Auftragseingänge in der Bekleidungsindustrie haben sich am Beginn des Jahres 2022 deutlich gebessert. Die Kostensituation durch weiterhin steigende Rohstoff- und Energiepreise bleibt angespannt. Generell ist die Erwartungshaltung der Unternehmer positiver als für 2021.

**Ledererzeugende Industrie:** Die Auftragslage der Ledererzeugenden Industrie ist durch Lieferkettenprobleme im Automotive Bereich rückläufig und die Beschäftigtenzahlen sinken. Trotz gewaltiger Preisanstiege, u. a. im Bereich Energie und Chemie, gibt es kaum Möglichkeiten, die Erhöhungen weiterzugeben.

**Schuhindustrie:** Der leichte Aufwärtstrend zu Jahresbeginn wurde durch den Ukraine-Krieg etwas abgeschwächt. Die Produktionen sind größtenteils gut ausgelastet, Lieferkettenprobleme verzögern aber vieles und eine Auftragsbefreiung kann bei manchen Unternehmen nur verspätet erfolgen. Exporte entwickeln sich sehr unterschiedlich. Schwierig immer noch bei Übersee Märkten.

**Textilindustrie:** Derzeit bereiten Rohstoffmangel, Lieferengpässe und Lieferkettenunterbrechungen sowie steigende Preise starke Probleme. Laut Wifo-Bericht vom April 2022 sehen 53,3 Prozent der befragten Firmen die Geschäftslage für eigene Produkte schlechter als saisonüblich.



## NE-Metallindustrie

**D**as positive Marktumfeld der österreichischen NE-Metallindustrie wird im 2. Quartal 2022 durch die Entwicklungen infolge des Ukraine-Kriegs und der stark gestiegenen Rohstoff- und Energiepreise abrupt abgebremst. Extrem kritisch ist die Versorgung mit Erdgas, die für fast alle Produktionsprozesse unbedingt erforderlich ist. Große Sorge bereitet auch die Entwicklung auf den Weltmärkten. Das Ansteigen der Inflation, in Europa und den USA, die Probleme in den Lieferketten durch den Ukraine-Krieg und die COVID-Politik in China bei gleichzeitig stagnierender bzw. sinkender Produktion dämpfen die Stimmung auf den Märkten. Die teilweise massiven Preissteigerungen für Rohstoffe und Energie in der Produktion können nicht oder nur teilweise an die Abnehmer weitergegeben werden. Auf den Absatzmärkten der Aluminiumindustrie wirkt die Verlagerung hin zu Elektrofahrzeugen und die nach wie vor bestehenden Lieferprobleme der Halbleiterindustrie sowie Lieferausfälle von Vorprodukten aus der Ukraine dämpfend auf die Nachfrage aus. Hingegen bewirkt der Trend zur E-Mobilität auf den Automobilmärkten und die zunehmende Automatisierung und Elektrifizierung eine höhere Nachfrage nach kupferhaltigen Produkten.

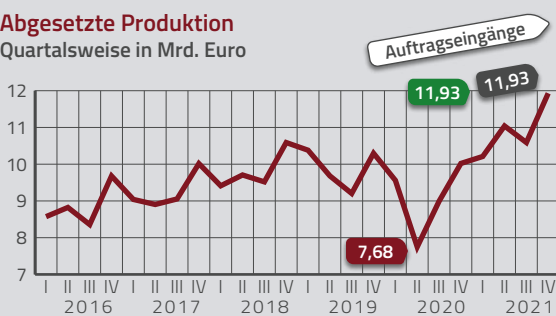




## Metalltechnische Industrie

Nach wie vor ist die Auftragslage in der Metalltechnischen Industrie sehr gut und die Industrienachfrage in den meisten Branchen ungebrochen. Daher sehen wir im 1. Halbjahr 2022 noch ein starkes Wachstum im Maschinenbau und auch in der Metallwarenindustrie. Aber es zeichnet sich ein düsteres Szenario ab. Besonders die Kostensteigerungen im Vormaterialbereich werden zu einer Belastung. Das betrifft Industriemetalle genauso wie elektronische Komponenten. Hinzu kommt, dass die Verfügbarkeiten eingeschränkt sind und das verzögert einerseits die Produktion und erhöht andererseits den Einkaufsaufwand. Über 90 Prozent der Unternehmen geben in der FMTI Blitzbefragung an, dass diese beiden Punkte schlagende Herausforderungen sind. Auf der Beschäftigtenseite sind qualifizierte Arbeitskräfte knapp wie eh und je. Die steigenden Kosten lassen die Margen deutlich sinken, auch wenn die Produktion momentan weiter steigt. Der Ukraine-Krieg ist für die Unternehmen direkt aber vor allem auch indirekt riskant. Die Mitglieder des FMTI gehen davon aus, dass ca. fünf bis zehn Prozent des Umsatzes durch den Krieg verloren gehen. Das sind weniger die direkten Sanktionsfolgen, als auch die dadurch verstärkte Knappheit auf den Zuliefermärkten und die Kostensteigerungen. ■

**Abgesetzte Produktion**  
Quartalsweise in Mrd. Euro



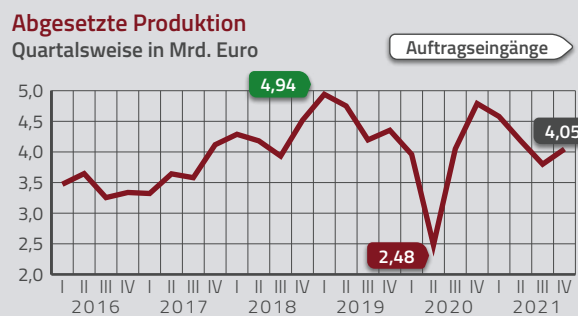
**Beschäftigte**  
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



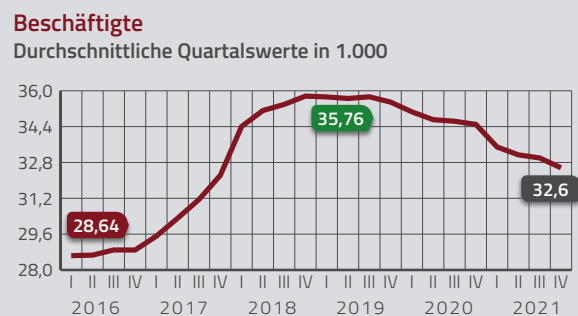
## Fahrzeugindustrie

Die Auftragslage wird insgesamt als sehr gut eingestuft, wobei Verunsicherung herrscht in welchem Ausmaß diese Aufträge schlussendlich auch abgerufen und beliefert werden können. Ebenso wird eine Produktion leicht über dem Vorjahresniveau erwartet, wobei hier Engpässe in der Zulieferung und die Verfügbarkeit von Vormaterialien Auswirkungen auf die Ergebnisse erwarten lassen. Besonders unter Druck sind ausgewählte Bereiche des Anhängerbaus wie auch die Nutzfahrzeugproduktion. Die Exporte befinden sich unverändert auf hohem Niveau, die Auswirkungen der Ukraine-Krise auf den Export sind überschaubar. Weiter sehr dynamisch entwickeln sich die Preise der Vorleistungen, wobei es zunehmend notwendiger erscheint, diese an die Kunden weiterzugeben. Ähnlich angespannt ist die Kostensituation durch die stark gestiegenen Energiepreise. Diese dramatische Kostensituation insgesamt stellt große Herausforderungen an die Unternehmen bzgl. deren Planbarkeit dar. Das Investitionsklima wird aufgrund der momentanen Preisentwicklungen und Unsicherheiten in der Lieferkette als zurückhaltend bewertet, wobei das Hauptaugenmerk auf Ersatzinvestitionen gelegt wird. ■

**Abgesetzte Produktion**  
Quartalsweise in Mrd. Euro



**Beschäftigte**  
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



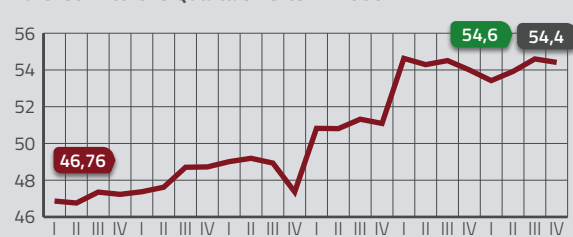
## Elektro- und Elektronikindustrie

Zu Jahresbeginn gab es eine positive Grundstimmung bei der Auftragslage. Erst in der zweiten Hälfte des 1. Quartals erfuhr diese durch den Ausbruch der Ukraine Krise einen Dämpfer und verzeichnet seitdem eine verhaltene Entwicklung. Die Produktion erfährt derzeit ihre größte Unsicherheit durch schwierige Beschaffung knapper Vormaterialien (Stichwort: „Chipmangel“) sowie steigenden Rohstoff und Energiepreisen. Auch der ungewisse Ausgang der Ukraine-Krise und damit verbundene Ausfälle setzen der Produktion zu und tragen zum ungewissen Gesamtbild bei. Positiv ist, dass die Exportquote weiterhin zwischen 83 und 85 Prozent relativ stabil bleiben wird. Bezüglich Preise ist absehbar, dass diese durch den Inflationsdruck stärker als in der jüngeren Vergangenheit steigen werden. Die Investitionsbereitschaft hat aufgrund des Ausbruchs des Krieges in der Ukraine nachgelassen und kann seitdem als zurückhaltend bezeichnet werden. ■

**Abgesetzte Produktion**  
Quartalsweise in Mrd. Euro



**Beschäftigte**  
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



### Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

**Medieninhaber:** Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at, ZVR-Zahl: 247058831

**Unternehmensgegenstand:** Wirtschaftsforschungsinstitut

**Vorstand:** Vorsitzender:  
Hon.-Prof. Dr. Wilfried Stadler

**Stellvertreter:** Gen.-Sekr. Karlheinz Kopf,  
Gen.-Sekr. Mag. Christoph Neumayer

**Mitglieder:** Mag. Markus Beyrer, Dr. Wolfgang Damianisch, Mag. Christian Domany, Dr. Erhard Fürst, DI Dr. Manfred Matzinger-Leopold, FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

**Geschäftsführer:**  
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

**Blattlinie:**  
Fachzeitschrift für Entscheidungsträger in der Wirtschaft

### Impressum

**Herausgeber:** Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: +43 1 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

Wirtschaftskammer Österreich Bundessparte Industrie, A-1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63, Tel.: +43 5 909 00-34 17, E-Mail: bsi@wko.at

Industriellenvereinigung, A-1031 Wien, Schwarzenbergplatz 4

Tel.: +43 1 711 35 0, E-Mail: iv.office@iv-net.at

**Medieninhaber:** Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4

### Projektleitung & Redaktion:

Stephan Scoppetta (Chefredakteur),  
Herta Scheidinger (Chefin vom Dienst)  
www.feuerifer.at

**Design, Satz und Layout:** Digital Distillery GmbH

**Coverbild:** voestalpine

**Bilder:** So nicht anders angeführt, wurde das Bildmaterial beige stellt.

**Autoren:** Georg Knill, Mag. Andreas Mörk, FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider, Michael Reisenbichler, Gerhard Fehr, Helene Tuma,  
Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Autors wieder.

**Auskunft und Bestellung:** Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

**Druck:** Print Alliance HAV Produktions GmbH, A-2540 Bad Vöslau

**Erscheinung:** vierteljährlich

**ISSN:** 1023-8387



